

SOZIAL INFO



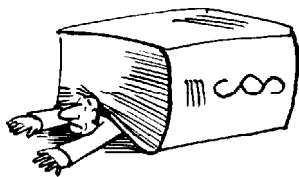
4/2015	Urteile	2
	SGB II	
	Rechtsvereinfachungsgesetz	9
	Regelbedarfe 2016	13
	Neue Fachliche Weisungen zur Kranken- und Pflegeversicherung	13
	Erreichbarkeit arbeitsloser Flüchtlingshelfer	13
	Perspektive 50 plus wird nicht verlängert	13
	Materialien	
	Regel- und Mehrbedarfe 2016	14
	SGB III	
	Fiktive Bemessung 2016	15
	Sonstige Rechtsgebiete	
	Gesetzentwurf zum SGB XII und zu weiteren Vorschriften	16
	Flexi-Rente	16
	Wohngeldreform	17
	Befreiung von der Zuzahlung	19
	Neuregelung zum Krankengeldanspruch	19
	Kindergeld und Steuer-ID	20
	Kindergeld: Informationen für Flüchtlinge	20
	Neues Melderecht	20
	Einrichtungen stellen sich vor	
	IMAZ e.V., Düsseldorf	18
	Literaturtipps / Links	21



Absetzbeträge bei Einkommen

1. Im Rahmen einer Anfechtungsklage sind auch vorgetragene Nichtigkeitsgründe zu prüfen.
2. Vom Einkommen aus selbständiger Tätigkeit sind im Bereich des SGB II nur Zahlungen auf laufenden, titulierten Unterhalt abzusetzen, nicht jedoch Zahlungen auf Unterhaltsrückstände, auch wenn diese tituliert sind.
3. Vom Einkommen aus selbständiger Tätigkeit können im Bereich des SGB II Rückstände für eventuelle Rechtsanwaltskosten und zur Ansparung für ein Kfz nicht abgesetzt werden.

LSG Bayern, Urteil vom 23.07.2015, L 7 AS 547/14



Gutschrift auf überzogenes Bankkonto

1. Die Verrechnung der einem Konto gutgeschriebenen Einnahme seitens der Bank im Rahmen einer Kontokorrentabrede (Dispositionskredit) ist eine Einkommensverwendung und mindert nicht die Höhe des zu berücksichtigenden Einkommens.
2. Zwischen dem Zufluss einer einmaligen Einnahme, die durch die normativ vorgegebene Aufteilung in einem Verteilzeitraum zu berücksichtigen ist, und den bereiten Mitteln, die in den Monaten des Verteilzeitraums tatsächlich zur Verfügung stehen, ist zu unterscheiden.

BSG, Urteil vom 29.04.2015, B 14 AS 10/14 R

Bausparzinsen nicht anrechenbar

Zinseinnahmen, die auf dem Bausparkonto gutgeschrieben werden, können ohne Kündigung bzw. Auflösung des Bausparvertrages nicht gem. § 11 SGB II als Einkommen berücksichtigt werden.

Zwar sind die Zinsen grundsätzlich Einkommen und kein Vermögen, weil sie der Klägerin nach der erstmaligen Beantragung von Alg II gutgeschrieben worden sind. Mangels Verfügbarkeit als zur Sicherung des Lebensunterhalts bereite Mittel sind sie allerdings noch nicht im Zeitpunkt der Gutschrift als Einkommen zu berücksichtigen. Zu diesem Zeitpunkt vermittelte die Gutschrift der Klägerin zunächst nur die Rechtsposition, nach späterer Kündigung des Bausparvertrags die Auszahlung der Zinsen als Teil der gesamten Bausparsumme verlangen zu können. Erst mit der Überweisung auf ein zur Bestreitung des Lebensunterhalts frei verfügbares Konto stehen die Zinsen so zur Verfügung, dass sie als bereite Mittel zur Existenzsicherung eingesetzt werden können. Das liegt hier entgegen der Auffassung des Beklagten nicht deshalb anders, weil der Klägerin jederzeit die Möglichkeit der vorzeitigen Kündigung des Bausparvertrags offen stand. Da sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat, wäre sie danach unzulässig auf lediglich fiktiv vorhandenes Einkommen verwiesen; die Verweigerung existenzsichernder Leistungen aufgrund der Annahme, dass die Hilfebedürftigkeit bei bestimmtem wirtschaftlichen Verhalten - hier der vorzeitigen Kündigung des Bausparvertrags - (teilweise) abzuwenden gewesen wäre, ist mit Art 1 GG i.V.m. Art 20 GG nicht vereinbar.

BSG, Urteil vom 19.08.2015, B 14 AS 43/14 R



Versicherungspauschale Minderjähriger

Nach der auf die Ermächtigungsnorm des § 13 Abs. 1 Nr. 3 SGB II erlassenen Vorschrift des § 6 Abs. 1 Nr. 2 Alg II-V zur Absetzung von Pauschbeträgen ist von dem Einkommen Minderjähriger ein Betrag von 30 EUR monatlich für die Beiträge zu privaten Versicherungen nach § 11b Abs. 1 S. 1 Nr. 3 SGB II, die nach Grund und Höhe angemessen sind, abzusetzen, wenn der oder die Minderjährige eine entsprechende Versicherung abgeschlossen hat.

Bei einer freiwilligen Schülerzusatzversicherung als einer Unfall- und Haftpflichtversicherung sowie eine Sachschadensversicherung, die auch eine Verletztenrente bei Schäden mit schulischem Bezug umfasst, handelt es sich zwar nicht um eine gesetzlich vorgeschriebene, gleichwohl aber um eine angemessene Versicherung, weshalb die Versicherungspauschale berücksichtigt werden muss. Dies gilt auch dann, wenn der Versicherungsbeitrag lediglich 1 EUR pro Schuljahr beträgt.

LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 20.10.2015, L 13 AS 4522/13)

(Hinweis: Eine Schülerzusatzversicherung in dieser Form gibt es nur im Bundesland Baden-Württemberg)



Nachzahlung Kindergeld als Einkommen

Auch wenn das Kindergeld im Rahmen einer Nachzahlung für mehrere Monate in nur einem Monat zufließt, ist für jeden Monatsbetrag die Versicherungspauschale von 30 EUR abzusetzen.

LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 17.09.2015, L 31 AS 1571/15

Ausschluss von Unionsbürgern vom Alg II wegen Arbeitsuche

Ein Mitgliedstaat kann Unionsbürger, die in diesen Staat zur Arbeitsuche einreisen, von bestimmten beitragsunabhängigen Sozialleistungen ausschließen.

Ausländer, die nach Deutschland kommen, um Sozialhilfe zu erhalten, oder deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt, erhalten keine Leistungen der deutschen Grundsicherung. Im Urteil Dano hat der Europäische Gerichtshof unlängst festgestellt, dass ein solcher Ausschluss bei Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats, die in einen anderen Mitgliedstaat einreisen, ohne dort Arbeit suchen zu wollen, zulässig ist.

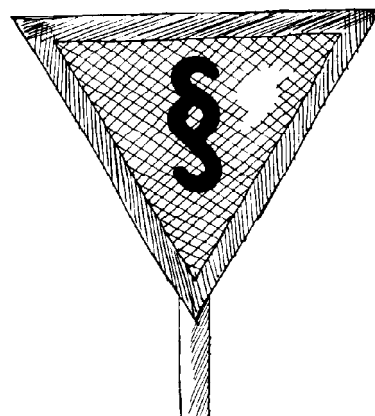
In der vorliegenden Rechtssache möchte das Bundessozialgericht (Deutschland) wissen, ob ein derartiger Ausschluss auch bei Unionsbürgern zulässig ist, die sich zur Arbeitsuche in einen Aufnahmemitgliedstaat begeben haben und dort schon eine gewisse Zeit gearbeitet haben, wenn Staatsangehörige des Aufnahmemitgliedstaats, die sich in der gleichen Situation befinden, diese Leistungen erhalten.

Diese Frage stellt sich in einem Rechtsstreit zwischen dem Jobcenter Berlin Neukölln und vier schwedischen Staatsangehörigen: Frau Alimanovic, die in Bosnien geboren wurde, und ihren drei Kindern, Sonita, Valentina und Valentino, die 1994, 1998 und 1999 in Deutschland zur Welt gekommen sind. Die Familie Alimanovic war 1999 von Deutschland nach Schweden gezogen und ist im Juni 2010 nach Deutschland zurückgekehrt. Nach ihrer Rückkehr waren Frau Nazifa Alimanovic und ihre älteste Tochter Sonita weniger als ein Jahr in kürzeren Beschäftigungen bzw. Arbeitsgelegenheiten tätig. Seither waren sie nicht mehr erwerbstätig. Der Familie Alimanovic wurden daraufhin für den Zeitraum vom 01.12.2011 bis zum 31.05.2012 Leistungen der Grundsicherung bewilligt, nämlich Nazifa Alimanovic und ihrer Tochter Sonita Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für Langzeitarbeitslose (Arbeitslosengeld II) und den Kindern

Valentina und Valentino Sozialgeld für nicht erwerbstätige Leistungsberechtigte. 2012 stellte die zuständige Behörde, das Jobcenter Berlin Neukölln, schließlich die Zahlung der Grundsicherungsleistungen mit der Begründung ein, dass Frau Alimanovic und ihre älteste Tochter als ausländische Arbeitsuchende, deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitsuche ergebe, keinen Anspruch auf diese Leistungen hätten. Infolgedessen schloss das Jobcenter auch die anderen Kinder von den entsprechenden Leistungen aus.

In Beantwortung der Fragen des Bundessozialgerichts hat der Gerichtshof mit seinem heutigen Urteil entschieden, dass die Weigerung, Unionsbürgern, deren Aufenthaltsrecht in einem Aufnahmemitgliedstaat sich allein aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt, bestimmte „besondere beitragsunabhängige Geldleistungen“ zu gewähren, die auch eine Leistung der „Sozialhilfe“ darstellen, nicht gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung verstößt.

Der Gerichtshof stellt fest, dass diese Leistungen der Sicherung des Lebensunterhalts von Personen dienen, die ihn nicht selbst bestreiten können, und beitragsunabhängig durch Steuermittel finanziert werden, auch wenn sie Teil eines Systems sind, das außerdem Leistungen zur Erleichterung der Arbeitsuche vorsieht. Er betont, dass diese Leistungen - ebenso wie in der Rechtssache Dano - als „Sozialhilfe“ anzusehen sind.



Insoweit weist der Gerichtshof darauf hin, dass ein Unionsbürger hinsichtlich des Zugangs zu Sozialleistungen wie den im Ausgangsverfahren streitigen eine Gleichbehandlung mit den Staatsangehörigen des Aufnahmemitgliedstaats nur verlangen kann, wenn sein Aufenthalt im Hoheitsgebiet des Aufnahmemitgliedstaats die Voraussetzungen der „Unionsbürgerrichtlinie“ erfüllt.

Für Arbeitsuchende wie im vorliegenden Fall gibt es - nach den Feststellungen des Gerichtshofs - zwei Möglichkeiten, um ein Aufenthaltsrecht zu erlangen:

- Ist ein Unionsbürger, dem ein Aufenthaltsrecht als Erwerbstätiger zustand, unfreiwillig arbeitslos geworden, nachdem er weniger als ein Jahr gearbeitet hatte, und stellt er sich dem zuständigen Arbeitsamt zur Verfügung, behält er seine Erwerbstätigeneigenschaft und sein Aufenthaltsrecht für mindestens sechs Monate. Während dieses gesamten Zeitraums kann er sich auf den Gleichbehandlungsgrundsatz berufen und hat Anspruch auf Sozialhilfeleistungen.
- Wenn ein Unionsbürger im Aufnahmemitgliedstaat noch nicht gearbeitet hat oder wenn der Zeitraum von sechs Monaten abgelaufen ist, darf ein Arbeitsuchender nicht aus dem Aufnahmemitgliedstaat ausgewiesen werden, solange er nachweisen kann, dass er weiterhin Arbeit sucht und eine begründete Aussicht hat, eingestellt zu werden. In diesem Fall darf der Aufnahmemitgliedstaat jedoch jegliche Sozialhilfeleistung verweigern.

EUGH, Urteil vom 15.09.2015, C-67/14 („Alimanovic“)

(Hinweis: Eine ausführliche Darstellung des Urteils mit Überlegungen zur Beratungspraxis findet sich im SOZIALRECHT JUSTAMENT 5/2015 von Bernd Eckhardt:

<http://snipurl.com/2aas052>)

Klärung der Leistungsfähigkeit gehört nicht in die EGV

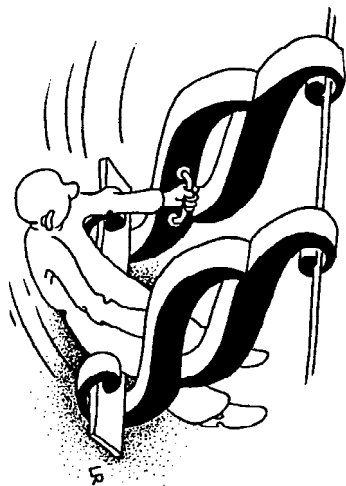
Im entschiedenen Fall wehrte sich ein Alg II-Berechtigter gegen eine Sanktion, die das Jobcenter wegen Verstoß gegen eine die Eingliederungsvereinbarung (EGV) ersetzenden Verwaltungsakt verhängt hatte. In der EGV wurde als Ziel die „Klärung der Leistungsfähigkeit“ genannt. Der Antragsteller sollte konkret u.a. eine AU-Bescheinigung und einen Gesundheitsfragenbogen an das Jobcenter senden. Das Sozialgericht gab ihm im Zuge des einstweiligen Rechtsschutzes (Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen den Sanktionsbescheid) Recht, dass die Frage der Leistungsfähigkeit bzw. Erwerbsfähigkeit nicht zum Regelungsgegenstand einer EGV gemacht werden kann. In der sehr anschaulich und ausführlich begrün-

deten Entscheidung führt das SG u.a. aus, dass die durch die EGV festgelegten Eigenbemühungen der „Eingliederung in Arbeit“ dienen müssen. Inwieweit AU-Bescheinigung und Gesundheitsfragenbogen diesem Ziel dienen könnten, sei nicht zu erkennen. Hierbei sei zu beachten, dass schon nach dem Wortlaut des § 15 Abs. 1 Satz 1 SGB II die Erwerbsfähigkeit Voraussetzung einer EGV ist. Selbst wenn es nicht um die Frage gehen sollte ob, sondern in welchem Umfang Erwerbsfähigkeit vorliegt, ist dies mittels EGV nicht möglich. Denn jede EGV soll individuelle angepasste Eigenbemühungen des Leistungsempfängers festlegen, wobei das individuelle Leistungsvermögen bereits zu berücksichtigen ist und deshalb bereits

bekannt sein muss. Diese Fragen müssen zwingend vor Abschluss einer EGV geklärt werden. Hierzu besteht seitens des Jobcenters die Möglichkeit über die §§ 60,62 SGB II ärztliche Untersuchungen bzw. die Angabe wesentlicher Tatsachen herbeizuführen und im Falle der Weigerung durch § 66 SGB I die Leistungen ganz oder teilweise zu versagen.

**SG Freiburg,
Beschluss vom 11.09.2015,
S 19 AS 4555/15 ER**

(Vielen Dank an Rechtsanwalt Rudolf Berndt (Freiburg) für den Hinweis und die Übersendung der Entscheidung).



Rückwirkende Antragstellung

Nach § 28 Satz 1 SGB X i. V. m. § 40 Abs. 5 SGB II wirkt ein nachgeholtter Antrag auf Gewährung von ALG II bis zu einem Jahr zurück, wenn er unverzüglich nach Ablauf des Monats gestellt worden ist, in dem die Ablehnung einer anderen Sozialleistung, wegen deren Geltendmachung zunächst von der Stellung des ALG-II-Antrages abgesehen wurde, bindend geworden ist.

Nach Auffassung der Kammer ist das Tatbestandsmerkmal „unverzüglich“ in § 40 Abs. 5 SGB II dahingehend auszulegen, dass der ALG II-Antrag grundsätzlich am ersten Öffnungstag der entsprechenden Behörde nach Ablauf des Monats, in dem der Ablehnungsbescheid hinsichtlich der anderen Sozialleistung bestandskräftig wird, zu stellen ist. Eine längere Frist kann im Einzelfall nur dann gelten, wenn dem Hilfebedürftigen die Antragstellung aus nicht von ihm zu vertretenden Gründen erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich war und er daher im Sinne der Legaldefinition des § 121 BGB gleichwohl ohne schuldhaftes Zögern handelte.

**SG Dresden, Urteil vom
23.07.2015, S 32 AS 3422/13**

Alg II-Leistungsausschluss für EU-Bürger verfassungsgemäß

Der Ausschluss arbeitsuchender Unionsbürger von der Grundsicherung für Arbeitsuchende in § 7 Abs. 1 SGB II ist mit dem Grundgesetz vereinbar.

Diese Auffassung vertritt das SG Dortmund in einem aktuellen Beschluss und lehnt die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz für einen in Kreuztal lebenden slowakischen Bauarbeiter ab. Das zuständige Jobcenter verweigere zu Recht unter Berufung auf den Leistungsausschluss für arbeitsuchende EU-Bürger die Zahlung von Arbeitslosengeld II. Die verfassungsrechtliche Garantie eines

menschenwürdigen Existenzminimums verlange nur die Beseitigung von Notlagen, die nicht durch eine „Hilfe zur Selbsthilfe“ beseitigt werden könnten. Die vorrangige Selbsthilfemöglichkeit des Antragstellers bestehe darin, dass eine Rückreise in sein Heimatland durchgeführt werde. Der Antragsteller habe in der Slowakei die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt durch Arbeitsaufnahme oder das dortige Sozialsystem sicherzustellen.

**SG Dortmund,
Beschluss vom 23.11.2015,
S 30 AS 3827/15 ER**



Zwangsverrentung

1. § 9 Abs. 1 SGB II bringt zum Ausdruck, dass - steuerfinanzierte - Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II nicht für denjenigen erbracht werden sollen, der sich nach seiner tatsächlichen Lage selbst helfen kann. Leistungsansprüche gegenüber Dritten, insbesondere Trägern anderer Sozialleistungen, schließen die Hilfebedürftigkeit daher dann aus, wenn sie tatsächlich bestehen, ihre Inanspruchnahme zumutbar ist und sie in angemessener Zeit durchsetzbar sind. Dies ist bei einem Anspruch auf vorzeitigen Bezug von Altersrente jedenfalls dann der Fall, wenn der Betroffene das 63. Lebensjahr vollendet hat (§ 12a Satz 2 Nr. 1 SGB II) und infolge der Abschläge beim vorzeitigen Rentenbezug nicht hilfebedürftig bleibt.
2. „Erhalten“ der erforderlichen Hilfe von Trägern anderer Sozialleistungen im Sinne des § 9 Abs. 1 SGB II setzt keinen tatsächlichen Zufluss voraus. Vielmehr verwendet das SGB II den Begriff „erhalten“, um den Anspruch auf eine Sozialleistung zu bezeichnen.
3. Verzögert sich die Auszahlung einer vorzeitig in Anspruch genommenen Altersrente durch Umstände, die der Rentenberechtigte nicht zu vertreten hat, kommt zur Sicherung des Lebensunterhalts die Überbrückung durch ein Darlehen des SGB II-Leistungsträgers in Betracht.

**LSG Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 17.08.2015,
L 3 AS 370/15 B ER**



Zwangsverrentung zulässig

Zu den vorrangigen Leistungen gehört grundsätzlich auch die Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente nach Vollendung des 63. Lebensjahres trotz der mit ihr verbundenen dauerhaften Rentenabschläge.

Die Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente ist i.S. des § 12a Satz 1 SGB II erforderlich, weil dies unabhängig von der Höhe der Rente aufgrund des Leistungsausschlusses bei Bezug einer Rente wegen Alters durch § 7 Abs. 4 Satz 1 SGB II zur Beseitigung seiner Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II führt.

Ausnahmetatbestände sind in der Unbilligkeitsverordnung abschließend geregelt.

Auf eine etwaige künftige Hilfebedürftigkeit des Klägers und seiner Ehefrau bei Bezug von Regelaltersrenten kommt es im Zeitpunkt seiner Aufforderung zur Beantragung einer vorzeitigen Altersrente nicht an.

**BSG, Urteil vom 19.08.2015,
B 14 AS 1/15 R**

Wohnungswechsel muss wirtschaftlich sinnvoll sein

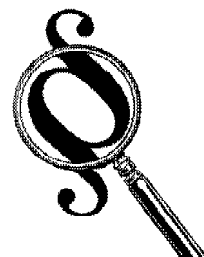
Ein Wohnungswechsel als Kostensenkungsmaßnahme wegen überhöhter Heizkosten ist nur zumutbar, wenn in einer alternativ zu beziehenden Wohnung insgesamt keine höheren Kosten als bisher anfallen. Ein Wohnungswechsel, der zwar zu niedrigeren Heizkosten, nicht aber zu niedrigeren Gesamtkosten führt, wäre seinerseits unwirtschaftlich und deshalb nicht zumutbar. Gegenüber dem grundsätzlich schützenswerten individuellen Interesse des Leistungsempfängers am Verbleib in seiner Wohnung überwiegt das Interesse der Allgemeinheit an deren Aufgabe nur für den Fall eines wirtschaftlich sinnvollen Umzuges. Dies wird durch § 22 Abs. 1 Satz 4 SGB II bestätigt, wonach eine Absenkung der nach

Zwangsverrentung

Die Ermessensausübung bei der Aufforderung zur Rentenantragstellung erschöpft sich nicht in der Prüfung, ob einer der in der Unbilligkeitsverordnung geregelten Fälle vorliegt.

In der Rechtsprechung besteht Uneinigkeit zu der Frage, wie es zu beurteilen ist, wenn Leistungsempfänger eine voraussichtlich bedarfsdeckende abschlagsfreie Altersrente beziehen könnten, jedoch bei Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente lebenslang weitere Sozialleistungen beantragen müssten. Nach Ansicht des Senats ist bei einer Ermessensentscheidung sehr wohl in Erwägung zu ziehen, ob eine vorzeitige Rentenantragstellung zu einer dauerhaften Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II führen würde, die im Falle einer späteren Rentenantragstellung vermieden werden könnte.

**LSG Thüringen, Beschluss vom
17.07.2015, L 9 AS 784/15 B ER**



§ 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II unangemessenen Aufwendungen nicht gefordert werden muss, wenn diese unter Berücksichtigung der bei einem Wohnungswechsel zu erbringenden Leistungen unwirtschaftlich wäre. Wenn die tatsächlichen Kosten des Leistungsberechtigten diese Vergleichskosten nicht übersteigen, sind Kostensenkungsmaßnahmen nach § 22 Abs. 1 Satz 3 SGB II nicht zumutbar und die tatsächlich anfallenden Aufwendungen für Unterkunft und Heizung weiterhin zu übernehmen. Diese Maßstäbe gelten prinzipiell auch für Haus- und Wohnungseigentümer.

**SG Gießen, Beschluss vom
21.05.2015, S 27 AS 375/15 ER**



Stromkosten für den Betrieb einer Heizungsanlage

Stromkosten für den Betrieb einer Heizungsanlage sind auch nach dem 01.01.2011 (Inkrafttreten des RBEG/SGBII/SGB XII-ÄndG) nicht vom Regelbedarf nach § 20 Abs. 1 Satz 1 SGB II umfasst und deshalb auch weiterhin als Kosten der Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II zu berücksichtigen.

Es ist nicht zu beanstanden, wenn die Höhe der Kosten geschätzt wird. Allerdings muss die Schätzung auf Grundlage nachvollziehbarer Ausgangs- und Anknüpfungstatsachen erfolgen. Hierbei liegt es nahe, auf die in der mietrechtlichen Rechtsprechung hierfür verwandten und anerkannten Methoden zurückzugreifen. Dort ist anerkannt, entweder auf einen geschätzten Anteil (i.d.R. 5 %) der Brennstoffkosten abzustellen oder die Verbrauchswerte der elektrischen Vorrichtungen der Heizungsanlage zu ermitteln und diese anhand von Erfahrungswerten mit der durchschnittlichen Betriebszeit hochzurechnen.

BSG, Urteil vom 03.12.2015, B 4 AS 47/14 R

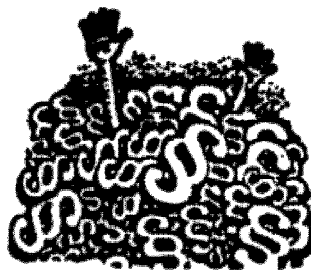
Heizkostenrückzahlung führt nicht immer zu geringeren Alg II-Zahlungen

Rückzahlungen aufgrund zu hoher Heizkostenvorauszahlungen führen unter bestimmten Voraussetzungen nicht zu geringeren SGB II Leistungen. Zwar sieht das Gesetz auf den ersten Blick eine leistungsmindernde Anrechnung solcher Guthaben vor, wenn sie an Alg II-Empfänger ausgekehrt werden. Dies ist aber nicht der Fall, wenn das Guthaben zuvor aus der Regelleistung angespart wurde oder durch geliehenes Geld zustande gekommen ist.

Im entschiedenen Fall erkannte das Jobcenter für eine Alg II berechtigte Frau Heizkosten in Höhe von 68,40 EUR monatlich an, obwohl die tatsächlichen Kosten 115,00 EUR monatlich betragen. Das Jobcenter hielt die tatsächlichen Heizkosten für unangemessen hoch. Um die Abschläge trotzdem vollständig erbringen zu können, hatte sich die Frau bei einem Bekannten die Deckungslücke von 46,60 EUR monatlich geliehen. Das LSG hat dazu ausgeführt, dass der Gesetzeswortlaut

zwar nicht unterscheidet, ob das Guthaben beim Energieversorger durch Zahlungen des Leistungsträgers nach dem SGB II oder aber durch eigene Leistung des Hartz-IV-Empfängers zustande gekommen sei. Eine solche Unterscheidung nach dem Herkommen der Überzahlung sei jedoch erforderlich. Der Senat knüpft dabei daran an, dass das Gesetz vom Wortlaut her am Bedarf für Unterkunft und Heizung ansetze, dem die Rückzahlungen der Energieversorger zuzuordnen sein sollen. Der Bedarf umfasse jedoch nur die angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung, vorliegend die vom Jobcenter gewährten 68,40 EUR. Bei einer solchen bedarfsbezogenen Betrachtung müsse daher der Anteil des Heizkostenguthabens außer Betracht bleiben, der von der Klägerin selbst über das Darlehn finanziert worden sei.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 23.09.2015, L 13 AS 164/14



Übertragung des Forderungseinzugs durch den Grundsicherungsträger auf die BA erfordert Beschluss der Trägerversammlung

Eine wirksame Aufgabenübertragung der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) auf die Bundesagentur für Arbeit (hier: Forderungseinzug) setzt einen Beschluss der Trägerversammlung voraus.

Entscheidungen des Geschäftsführers der gemeinsamen Einrichtung, Dienstleistungen „einzukaufen“, reichen für eine Aufgabenübertragung nicht aus, wenn es sich - wie beim Forderungseinzug - um gesetzlich zugewiesene Kernaufgaben handelt.

Fehlt es an einem Beschluss der Trägerversammlung, ist die Bundesagentur für Arbeit weder zum Einzug von Forderungen noch zur Entscheidung über Erlassanträge befugt. Auf die unwirksame Kompetenzübertragung gestützte Bescheide sind rechtswidrig.

SG Reutlingen, Urteil vom 31.08.2015, S 7 AS 758/14

Aufrechnung mehrerer Darlehen auf 10 % begrenzt

Nach Auffassung der Kammer erlaubt § 42a Abs. 2 Satz 1 SGB II bei mehreren Darlehen nicht die Tilgung durch Aufrechnung in Höhe von 10 % je Darlehen, sondern ist die Tilgung für mehrere Darlehen insgesamt auf 10 % des maßgebenden Regelbedarfs begrenzt. § 43 Abs. 3 SGB II kann nicht analog angewandt werden.

SG Berlin, Urteil vom 17.03.2015, S 173 AS 23394/14

Anm.: die Fachlichen Hinweise der BA sehen demgegenüber vor: „Bei mehreren Darlehen nach § 42a ergibt sich mithin eine Gesamtbegrenzung der Aufrechnung entsprechend § 43 Abs. 2 S. 2 auf 30 Prozent des maßgeblichen Regelbedarfs.“ (Rz 42a.13) der fachlichen Hinweise zu § 42a SGB II).



Kein Mehrbedarf bei Laktoseintoleranz

Bei einer Laktoseintoleranz ist regelmäßig kein krankheitsbedingt erhöhter Ernährungsaufwand anzunehmen. Vielmehr ist regelmäßig eine Vollkosternährung ausreichend. Bei Laktoseunverträglichkeit ist in der Regel eine Substitution mit speziellen Nahrungsmitteln nicht erforderlich. Die medizinische Behandlung besteht im Vermeiden von nichtverträglichen Nahrungsmitteln. Die Deckung des Kalziumsbedarfs ist etwa durch Verzehr von Milchprodukten mit sehr geringen Mengen an Laktose möglich. Ausnahmen gelten für Besonderheiten im Einzelfall, beispielsweise eines angeborenen Laktasemangels.

Die Einschätzung der Empfehlungen des Deutschen Vereins (2014) entspricht auch dem wissenschaftlichen Kenntnisstand der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA - in: The EFSA Journal 2010, 8 (9), 1777). Danach können die meisten Betroffenen eine Milchzuckerunverträglichkeit geringere und auch höhere Dosen beschwerdefrei tolerieren, wenn sie über den Tag verteilt verzehrt werden. Ein vollständiger Verzicht auf laktosehaltige Lebensmittel ist nicht erforderlich.

LSG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 28.05.2015, L 5 AS 570/13



Ehrenamt schützt nicht vor Meldetermin

Die Ausübung eines Ehrenamtes entbindet den Bezieher von Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht davon, einen Meldetermin beim Jobcenter wahrzunehmen.

SG Stuttgart, Beschluss vom 01.04.2015, S 2 AS 790/15

Doppelkochplatten nicht ausreichend

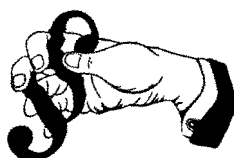
Zur Erstausrüstung gehören alle Einrichtungsgegenstände und Geräte, die für eine geordnete Haushaltsführung und ein menschenwürdiges Wohnen erforderlich sind.

Dabei geht das soziokulturelle Existenzminimum über das bloße Überleben hinaus. Daher ist es nicht schon ausreichend, dass ein Leistungsempfänger auch mit Doppelkochplatten irgendetwas kochen kann. Es entspricht dem soziokulturellen Existenzminimum vielmehr, dem Kläger die Möglichkeit einzuräumen, das Repertoire der deutschen, europäischen oder internationalen Küche auszuschöpfen. In der Tat kann mit bloßen Doppelkochplatten nicht sonderlich mannigfaltig gekocht werden.

Der Kläger soll auf die Errungenschaften der Kultur, namentlich der Kochkultur, zurückgreifen können. Es soll ihm ermöglicht sein, einen Braten herzustellen, einen Kuchen zu backen, sich eine fertige oder selbstbelegte Pizza zuzubereiten, einen Auflauf herzustellen oder Gemüse oder Obst zu überbacken. Diese Aufzählung dürfte keinesfalls abschließend sein. Daher ist ein Backofen Bestandteil einer jeden üblichen Küche.

Einen Ofen benötigt der Kläger auch, wenn ein einmal Freunde oder Bekannte einladen oder gemeinsam mit ihnen kochen möchte. Kochen und gemeinsames Essen kann durchaus ein soziales Ereignis sein. Da insbesondere der Regelsatz gem. § 20 SGB II nicht für regelmäßige Restaurantbesuche ausreichen soll, darf ein Leistungsempfänger dieses menschliche Bedürfnis durch selbsttätiges Kochen sicherstellen. Auch dazu benötigt er regelmäßig mehr als zwei Kochplatten und auch einen Backofen.

SG Aurich, Urteil vom 17.08.2011, S 35 AS 46/11



Vorlage von Kontoauszügen und Datenspeicherung

Wer Leistungen nach dem SGB II beantragt, hat auf Verlangen des Grundsicherungsträgers Kontoauszüge für die letzten drei Monate vor Antragstellung vorzulegen (BSG, Urteil vom 19.02.2009, B 4 AS 10/08 R). Dazu ist es nicht ausreichend, dem Grundsicherungsträger lediglich eine Einsicht in die Kontoauszüge anzubieten.

Die Aufbewahrung der Kontoauszüge in den Akten beruht zulässig auf § 67c Abs. 1 Satz 1 SGB X.

LSG Bayern, Beschluss vom 15.09.2015, L 16 AS 523/15 B ER



Kein Vermittlungsvorrang beim Gründungszuschuss

Die Ablehnung der Bewilligung eines Gründungszuschusses wegen eines Vermittlungsvorrangs ist rechtswidrig. Weder dem Gesetzeswortlaut noch den Gesetzesmaterialien zum Gründungszuschuss lässt sich ein Vermittlungsvorrang als Rechtsvoraussetzung entnehmen.

SG Frankfurt (Oder), Urteil vom 19.11.2014, S 12 AL 195/12



Billigkeitserlass bei der Aufhebung einer Kindergeldfestsetzung

Im entschiedenen, nicht selten vorkommenden Fall, rügte die Klägerin in erster Linie, dass die Familienkasse das Kindergeld zurückfordert, obwohl dieses auf das bezogene ALG II angerechnet worden sei. In diesen Fallgestaltungen laufen Überprüfungsanträge an das Jobcenter regelmäßig ins Leere, da die wesentliche Voraussetzung des § 44 SGB X, nämlich dass der Verwaltungsakt seinerzeit rechtswidrig war, nicht erfüllt ist: das Jobcenter hat ja das zugeflossene Kindergeld rechtmäßig als Einkommen angerechnet.

Der BFH hat verschiedentlich und nun erneut darauf hingewiesen, dass bei der Rückforderung von Kindergeld, das zu Unrecht bezogen, jedoch auf andere Transferleistungen angerechnet worden ist, ein Billigkeitserlass nach § 227 der Abgabenordnung gerechtfertigt sein kann (vgl. z.B. Senatsurteile vom 15.03.2007 III R 54/05, BFH/NV 2007, 1298; vom

19.11.2008 III R 108/06, BFH/NV 2009, 357; vom 18.12.2008 III R 93/06, BFH/NV 2009, 749, und vom 30.07.2009 III R 22/07, BFH/NV 2009, 1983). Im nun entschiedenen Fall urteilte der BFH, dass das Finanzgericht, das über die Rechtmäßigkeit des Kindergeld-Aufhebungsbescheids zu entscheiden hatte, sich jedoch nicht mit einer Billigkeitsmaßnahme zu befassen brauchte, da eine solche nicht Gegenstand des Klagebegehrens war. Die in diesem Zusammenhang vorgebrachte Rüge der Klägerin, das FG habe den Sachverhalt nur unzureichend aufgeklärt (§ 76 Abs. 1 FGO) und habe das rechtliche Gehör verletzt, weil es sich mit der Anrechnung des Kindergeldes nicht auseinandergesetzt oder darauf keinen Hinweis gegeben habe (§ 96 Abs. 2 FGO, Art. 103 Abs. 1 des Grundgesetzes), geht somit von vornherein ins Leere.

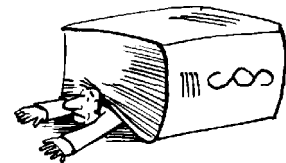
Bundesfinanzhof, Beschluss vom 23.02.2015, III B 41/14

Sittenwidriger Lohn

Im Bereich geringfügiger Beschäftigung ist zur Beurteilung der Sittenwidrigkeit des gezahlten Lohns kein pauschaler Aufschlag vorzunehmen, um den Nettocharakter der empfangenen Zahlung auszugleichen und eine Vergleichbarkeit mit dem üblichen Brutto(stunden)lohn zu ermöglichen.

Ein Lohn von 15,00 EUR pro Arbeitstag (zwei Tourpauschalen für eine Busbegleitung für behinderte Schüler), ist sittenwidrig niedrig, wenn tatsächlich täglich eine Arbeitsleistung von 4 Stunden und 25 Minuten erbracht wird.

LAG Düsseldorf, Urteil vom 19.08.2014, 8 Sa 764/13



Keine abschlagsfreie Rente mit 63 für Bestandsrentner

1. Rentner, die bereits eine Altersrente mit Abschlägen beziehen, können nicht in die abschlagsfreie Altersrente mit 63 für besonders langjährige Versicherte wechseln.
2. Der Ausschluss des Rentenwechsels in § 34 Abs. 4 SGB VI gilt auch für die am 1.7.2014 eingeführte abschlagsfreie Altersrente mit 63.
3. Es liegt weder eine Regelungslücke noch eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung von Bestandsrentnern vor. Der Gesetzgeber durfte eine Stichtagsregelung zur Einführung der Privilegierung besonders langjährig Versicherter treffen.

LSG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 12.08.2015, L 6 R 114/15

Rechtsvereinfachungsgesetz

Nachdem es in den letzten Monaten um das sog. Rechtsvereinfachungsgesetz still geworden war, liegt nun ein Referentenentwurf des BMAS vor: „Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - Rechtsvereinfachung“.

Bereits in den Jahren 2013/2104 waren u.a. von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe Vorschläge zur Vereinfachung des Leistungsrechts, einschließlich des Verfahrensrechts im SGB II erarbeitet worden. Trotz einer ganzen Reihe von Vorschlägen, über die Konsens herrschte, war das Gesetzgebungsverfahren aber bislang nicht eingeleitet worden, da sich die Koalitionsfraktionen vor allem nicht über Änderungen des Sanktionsrechts, insbesondere für die unter 25jährigen Alg II-Berechtigten, einigen konnten. Nun haben sich wohl CDU und vor allem CSU in der Regierungskoalition durchsetzen können, denn an den Sanktionsregelungen sind im Referentenentwurf keine Änderungen vorgesehen. Das BMAS hatte ebenso wie die Bundesagentur für Arbeit dafür plädiert, die Sonderregelungen für die U25 aufzugeben und das Sanktionsrecht insgesamt zu entschärfen.



Hier eine erste Übersicht über wesentliche Inhalte des Referentenentwurfs:

- ❑ Einmalige Einnahmen werden schon bisher auf einen Zeitraum von sechs Monaten gleichmäßig aufgeteilt und monatlich mit einem entsprechenden Teilbetrag berücksichtigt. Bei vorzeitigem Verbrauch eines auf 6 Monate verteilt ange-rechneten einmaligen Einkommen können Jobcenter nun ein Darlehen gewähren, um den Lebensunterhalt sicherzustellen.
- ❑ Einführung eines Freibetrages für Kapitalerträge in Höhe von 100 EUR jährlich,
- ❑ Pauschalierung des Abzugs von Beiträgen zur geförderten Altersvorsorge: Bei Vorliegen einer geförderten Altersvorsorge („Riester-Rente“) werden einheitlich 3 Prozent des monatlichen Bruttoeinkommens, mindestens aber 5 EUR absetzbar.
- ❑ Die Pauschale für allgemeine Werbungskosten in Höhe von 15,33 EUR soll gestrichen werden. Bisher konnten vom Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit für notwendige Ausgaben monatlich 15,33 EUR pauschal abgesetzt werden (§ 6 Abs. 1 Nr. 3a Alg II-V). Konkret betroffen sind abhängig Beschäftigte, die in der Summe der Werbungskosten/Absetzbeträge mehr als 100 EUR pro Monat nachweisen können.
- ❑ Einnahmen in Geldeswert sind künftig grundsätzlich nicht mehr als Einkommen zu berücksichtigen. Sie werden künftig direkt und sofort dem Vermögen der Leistungsberechtigten zugeordnet. Ausnahme: Die neue Anrechnungsfreiheit von Einnahmen in Geldeswert gilt nicht, wenn diese im Rahmen von Erwerbstätigkeit, Bundesfreiwilligendienst oder Jugendfreiwilligendienst zufließen, berücksichtigt die Praxis, Arbeitsentgelte ganz oder teilweise durch Sachleistungen zu erbringen.
- ❑ Als Nachzahlung zufließende Einnahmen, die nicht für den Monat des Zuflusses erbracht werden, werden als „einmalige Einnahmen“ charakterisiert. Das führt dazu, dass die BSG-Rechtsprechung (Urteil vom 24.04.2015, B4 AS 32/14 R) zur Anrechnung von nachgezahltem Arbeitsentgelt, Sozialleistungen u.ä. (vgl. SOZIAL INFO 2/2015, S. 3) wieder unterlaufen wird.
- ❑ Zuständigkeit für die Zusicherung bei Wohnungswechsel: der am Ort der neuen Unterkunft örtlich zuständige kommunale Träger ist künftig für die Entscheidung über die Zusicherung der Unterkunftskosten am neuen Wohnort zuständig.
- ❑ Zur Beurteilung der Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach Abs. 1 Satz 1 ist die Bildung einer Gesamtangemessenheitsgrenze (Bruttowarmmiete) zulässig.
- ❑ Behandlung von Genossenschaftsanteilen: Bislang war umstritten, ob in Zusammenhang mit der Anmietung einer Wohnung erforderliche Genossenschaftsanteile wie „Mietkautionen“ (als Darlehen) zu behandeln oder ob sie als Zuschuss im Rahmen der Aufwendungen nach § 22 Abs. 1 SGB II (als Zuschuss) zu erbringen sind. Nun wird entschieden, die Zuordnung zu den Mietkautionen vorzunehmen, so dass für Genossenschaftsanteilen ein über § 43 SGB II aufrechenbares Darlehen erbracht wird.
- ❑ „Klarstellungen“ beim Ersatzanspruch: vom Ersatzanspruch sind auch Fallgestaltungen umfasst, in denen Leistungsberechtigte die Hilfebedürftigkeit erhöhen, aufrechterhalten oder nicht verringern, ohne hierfür einen wichtigen Grund zu haben. Geregelt wird zudem, dass Sachleistungen grundsätzlich in Geld zu ersetzen sind.
- ❑ Einführung eines Herausgabeanspruches bei Doppelleistungen für den Fall, dass ein vorrangig verpflichteter Leistungsträger in Unkenntnis der Leistung der Träger nach dem SGB II an die leistungsberechtigte Person geleistet hat. Für die Jobcenter wird es hierdurch leichter, Forderungen gegen andere Behörden geltend zu machen, wenn versäumt wurde, rechtzeitig einen Erstattungsanspruch geltend zu machen.

(Fortsetzung: Rechtsvereinfachungsgesetz)

- Erweiterung der Ersatzansprüche nach § 34c auf alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft: bei der Berechnung der Höhe von Ersatzansprüchen sind die Leistungen einzubeziehen, die an sämtliche Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft gemäß § 7 Abs. 3 erbracht wurden. Nach dem bisherigen Wortlaut waren von der Vorschrift nicht sämtliche Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft erfasst.
- Einführung eines eigenständigen Tatbestandes zur vorläufigen Leistungsgewährung: Über die Erbringung von Geldleistungen ist vorläufig zu entscheiden, wenn zur Feststellung der Voraussetzungen des Anspruchs auf Geldleistungen voraussichtlich längere Zeit erforderlich ist und die Voraussetzungen für den Anspruch mit hinreichender Wahrscheinlichkeit vorliegen oder ein Anspruch auf Geldleistungen dem Grunde nach besteht und zur Feststellung seiner Höhe voraussichtlich längere Zeit erforderlich ist. Zwar ist die vorläufige Leistung so zu bemessen, dass der monatliche Bedarf gedeckt wird - der Erwerbstätigenfreibetrag (bis zu 230 EUR) kann dabei allerdings ganz oder teilweise unberücksichtigt bleiben.
- Weitere Begrenzung der Rückwirkung eines Überprüfungsantrags: eine rückwirkende Leistungsnachzahlung aufgrund eines Überprüfungsantrags aufgrund ständiger Rechtsprechung gibt es nur ab Entstehen der ständigen Rechtsprechung. Diese Einschränkung galt bisher nur in Fällen eine bundes einheitliche rechtswidrige Praxis durch Entscheidungen des BSG oder BVerfG korrigiert wurde. Häufig war dies wegen der Unterscheidung zwischen Jobcentern und Optionskommunen als Träger der Grundsicherung nicht sehr häufig der Fall. Künftig reicht es aus, wenn die Entscheidung eines zuständigen Trägers der Grundsicherung für Arbeitssuchende korrigiert wird.
- Zuordnung von minderjährigen Kindern in eine Bedarfsgemeinschaft bei Aufenthalt in zwei getrennten Haushalten von umgangsberechtigten Personen. Die Konstruktion der sog. „temporären Bedarfsgemein-

schaft“, bei der bisher eine tageweise Zuordnung des minderjährigen Kindes in zwei sich zeitlich abwechselnde und zeitlich ausschließende Bedarfsgemeinschaften vorgenommen wurde, wird aufgegeben. Stattdessen erfolgt grundsätzlich die Zuordnung des minderjährigen Kindes zu der Bedarfsgemeinschaft, die sich aus dem überwiegenden Aufenthalt im Haushalt der betreffenden umgangsberechtigten Person ergibt. Nur wenn sich ein minderjähriges Kind „in annähernd gleichem zeitlichen Umfang“ in zwei Haushalten aufhält, hat das Kind Ansprüche in beiden Bedarfsgemeinschaften. In der Praxis wird dies zu zahlreichen Problemen führen, wenn der eine Elternteil seinen Kindern beim Besuch des anderen Elternteils die jeweiligen Ansprüche nicht mitgibt.

- Die Vorschrift zur Aufrechnung (§ 43 SGB II) wird grundlegend überarbeitet und neu gefasst. Es bleibt dabei, dass auch mehrerer Aufrechnungen nur bis zur Höchstgrenze von 30 % kumulierbar sind. Ein Zusammentreffen einer Minderung aufgrund von Sanktionen mit einer Aufrechnung soll ausgeschlossen werden, sofern Aufrechnung und Minderung einen Betrag von 30 % des maßgebenden Regelbedarfs übersteigen. Ist der Leistungsanspruch wegen Sanktionen um 30 % gemindert, ist daneben eine Aufrechnung nicht mehr möglich. Ist der Leistungsanspruch geringer gemindert, so kann die Differenz zwischen dem Minderungsbetrag und 30 % des maßgebenden Regelbedarfs aufgerechnet werden.
- Im Falle der von Erstattungsfordern des Jobcenters sind bisher abweichend von § 50 SGB X 56 % der bei der Berechnung des Alg II und des Sozialgeldes berücksichtigten Bedarfe für Unterkunft nicht zu erstatten (§ 40 Abs. 4 SGB X). Diese Regelung war gedacht als Ausgleich für den nicht vorhandenen Wohngeldanspruch von Alg II-Berechtigten und soll künftig entfallen. Betroffene werden sollen dadurch aber keinen Nachteil ha-

ben, weil im Zuge der Wohngeldreform die Möglichkeit geschaffen wurde, nachträglich Wohngeld zu beantragen. Es bleibt zu hoffen, dass die Jobcenter dann Betroffene explizit auf die Möglichkeit der rückwirkenden Wohngeldbeantragung hinweisen.

- Vorauszahlung von Leistungen mit Auszahlungsminderung im Folgemonat. Es wird die Möglichkeit eingeführt, eine teilweise vorzeitige Auszahlung des Leistungsanspruches für den kommenden Monat zu erhalten. Hierbei handelt es sich um eine Ermessensentscheidung auf Antrag der leistungsberechtigten Person, mit der bis zu 100 EUR vorausgezahlt werden können. Der Auszahlungsanspruch im Folgemonat verringert sich entsprechend. Bei laufenden Aufrechnungen oder Minderungen des Leistungsanspruches im Folgemonat durch Sanktionen ist die vorzeitige Auszahlung ausgeschlossen, weil in diesem Fall der Lebensunterhalt im Folgemonat nicht gesichert wäre. Erforderlichenfalls kann in diesen Fällen ein Darlehen nach § 24 Abs. 1 SGB II erbracht werden. Insofern besteht im Falle eine Notlage eine Art Wahlrecht, ob eine vorzeitige Auszahlung oder ein Darlehen für einen unabweisbaren Bedarf nach § 24 Abs. 1 SGB II beantragt wird.
- Verlängerung des Regelbewilligungszeitraums auf 12 Monate: Über den Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ist in der Regel für ein Jahr zu entscheiden. Eine Verkürzung auf 6 Monat soll insbesondere dann vorgenommen werden, wenn über den Leistungsanspruch vorläufig entschieden wird oder die Aufwen-



dungen für die Unterkunft und Heizung unangemessen sind.

- ❑ Ausschluss der Pfändbarkeit und Übertragbarkeit von Ansprüchen nach dem SGB II. Endlich wird klar geregelt: „Der Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes kann nicht abgetreten, übertragen, verpfändet oder gepfändet werden.“
- ❑ Änderungen beim automatisierten Datenabgleich, der bisher quartalsweise durchgeführt wurde. Künftig soll zum Ersten eines jeden Monats ein Abgleich mit Zeiten einer geringfügigen oder versicherungspflichtigen Beschäftigung erfolgen.
- ❑ Einschränkung der Anzeige- und Bescheinigungspflicht bestimmter Personenkreise bei Arbeitsunfähigkeit. Bisher ist jede erwerbsfähige leistungsberechtigte Person verpflichtet, eine Arbeitsunfähigkeit anzuzeigen und zu bescheinigen. Diese Verpflichtung soll auf die Fälle begrenzt werden, bei denen die Integration in Ausbildung oder Arbeit oder für die Feststellung der Anspruchsvoraussetzungen (Erwerbsfähigkeit) erforderlich ist. Die Anzeige- und Bescheinigungspflicht gilt künftig nicht mehr kraft Gesetzes, sondern muss in der Eingliederungsvereinbarung individuell geregelt werden.
- ❑ Beratung wird als eigenständiges Ziel in das SGB II aufgenommen (§ 1 Abs. 3 SGB II). In § 14 werden die Beratungsbereiche konkretisiert: „Leistungsberechtigte Personen erhalten Beratung. Aufgabe der Beratung ist insbesondere die Erteilung von Auskunft und Rat zu Selbsthilfeobliegenheiten und Mitwirkungspflichten, zur Berechnung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und zur Auswahl der Leistungen im Rahmen des Eingliederungsprozesses. Art und Umfang der Beratung richten sich nach dem Beratungsbedarf der leistungsberechtigten Person.“ In der Gesetzesbegründung wird u.a. weiter ausgeführt: „Um das Verständnis und die Akzeptanz der leistungsberechtigten Personen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende zu verbessern, müssen diese besser über ihre Rechte und Pflichten auf-

geklärt werden. Die Beratung umfasst dabei die Erteilung von Auskunft und Rat nicht nur über die Leistungen, sondern auch zur Berechnung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts sowie zu den Inhalten und Zielen der Leistungen zur Eingliederung und deren Auswahl im Rahmen des Eingliederungsprozesses.“ Nicht unerwartet bezieht sich die Beratung aber natürlich u.a. auch auf die Selbsthilfe- und Mitwirkungsverpflichtungen.

- ❑ Weiterentwicklung der Schnittstelle zwischen der Ausbildungsförderung und der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Größere Veränderungen soll es bei der Frage geben, welche Auszubildenden von Leistungen ausgeschlossen sein sollen. Grundsätzlich bleibt es auch bei dem Ausschluss von Auszubildenden, deren Ausbildung dem Grunde nach BAföG-förderungsfähig ist. Es bleibt auch bei der Ausnahme der Leistungen nach dem § 27 SGB II. Auszubildende, deren Berufsausbildung oder berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme nach §§ 51, 57 und 58 SGB III förderungsfähig ist, sind aber nicht mehr genannt und können deshalb grundsätzlich zu ihrer Ausbildungsvergütung und BAB ergänzendes Alg II erhalten! Dabei handelt es sich um folgende Auszubildende:

- ❑ Auszubildende in einer nach § 57 SGB III förderungsfähigen Berufs-

ausbildung bzw. in einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme

- ❑ Auszubildende, deren Bedarf sich nach § 12 BAföG bemisst (Schüler) und
- ❑ behinderte Auszubildende, die für eine Ausbildung oder eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erhalten.

Studierende, die im Haushalt der Eltern wohnen (Bedarf nach § 13 Abs. 1 Nummer 2 in Verbindung mit Abs. 2 Nummer 1 BAföG), hatten bislang nur Anspruch auf den Zuschuss zu den ungedeckten KdU durch § 27 Abs. 3 SGB II. Auch sie werden jetzt ebenfalls in den Anspruch auf Alg II einbezogen. Diese und andere Änderungen führen dazu, dass § 27 Abs. 3 SGB II (Zuschuss zu den ungedeckten KdU von Auszubildende) weitgehend obsolet und gestrichen wird. Betroffene, die bisher Anspruch auf diesen Zuschuss hatten, würden künftig „normal“ Alg II-berechtigt sein. Alle Leistungen der Ausbildungsförderung (BAB, BAföG, Ausbildungsgeld, ergänzend geleistete Fahrtkosten) werden ungeachtet der Zweckbestimmung einzelner Teile der Leistung als Einkommen zu berücksichtigen sind. Von den so erfassten Einnahmen sind künftig für alle Fallgestaltungen die Absetzbeträge nach § 11 b Abs. 1 Satz 1 Nummer 3 bis 5 SGB II abzuziehen. Der Grundabsetzbetrag (100 EUR monatlich) gilt damit auch für diese Arten von Einnahmen.



(Fortsetzung: Rechtsvereinfachungsgesetz)

- ❑ Leistungen zur Eingliederung in Arbeit. Neu vorgesehen ist eine nachgehende (bis zu 6 Monate) Betreuung von erwerbstätigen Leistungsberechtigten auch nach Entfallen der Hilfebedürftigkeit (§ 16g SGB II).
- ❑ Teilnehmer an Maßnahmen, bei denen die Hilfebedürftigkeit während der Maßnahme entfällt, müssen bisher die Kosten der Beendigung einer Maßnahme selbst tragen bzw. hierfür ein Darlehen erhalten, das zurück zu zahlen ist. Die Darlehensregelung entfällt, um Maßnahmeabbrüche zu vermeiden.
- ❑ Für die Eingliederungsvereinbarung wird in § 15 SGB II nun abschließend aufgezählt, was in der EGV bestimmt werden kann.
- ❑ Die Regelung zur sog. Erbenhaftung (§ 35 SGB II) wird ersatzlos gestrichen.
- ❑ Verlagerung der Zuständigkeit für die Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Alg-Aufstocker: Arbeitslose, die neben Arbeitslosengeld auch Alg II beziehen (Alg-Aufstocker), erhalten zurzeit Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik von den Jobcentern und nicht von den Agenturen für Arbeit. Alg-Aufstocker erhalten zukünftig Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik von den Agenturen für Arbeit.

Nach der Veröffentlichung des Referentenentwurfs sind schon verschiedene Stellungnahmen erschienen. Den Referentenentwurf selbst gibt es u.a. hier:

<http://snipurl.com/2aca5sd>

Eine sehr gute und umfängliche Übersicht bietet die Stellungnahme, die Harald Thomé zusammen mit Frieder Claus erstellt hat:

<http://snipurl.com/2aca5v3>

Der u.a. auf das Thema BAföG spezialisierte Rechtsanwalt Joachim Schaller hat eine fachliche Stellungnahme zu den diversen Änderungen, die das Verhältnis des SGB II zu Ausbildungen betrifft, die nach dem BAföG mit Ausbildungsförderung oder nach dem SGB III mit Berufsausbil-

dungsbeihilfe (BAB) oder Ausbildungsgeld förderungsfähig sind, u.a. bei Tacheles veröffentlicht:

<http://snipurl.com/2aca5wq>

Die Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) gibt es hier:

<http://snipurl.com/2aca5yx>

Der DGB wertet den Referentenentwurf als insgesamt noch sehr unzureichend. Er werde dem Anspruch der Rechtsvereinfachung in der Summe der vorgeschlagenen Änderungen noch nicht gerecht:

<http://snipurl.com/2aca62e>

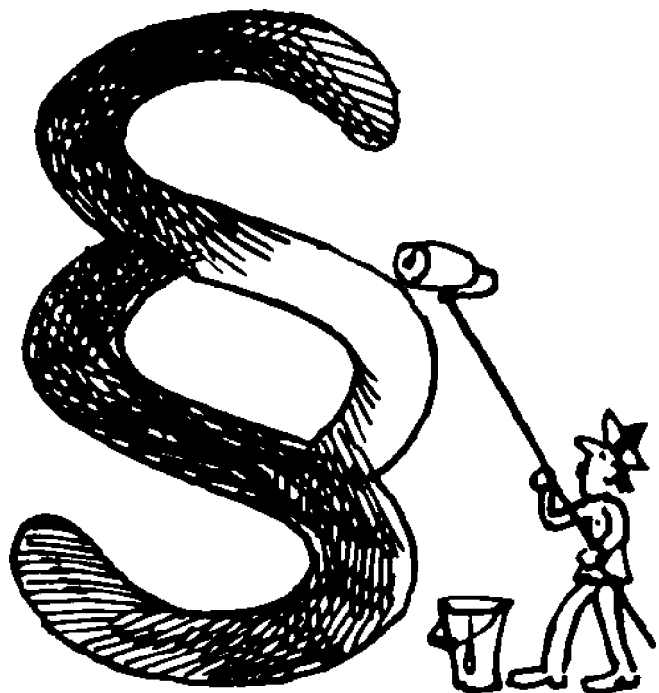
Die Stellungnahme der Nationalen Armutskonferenz NAK findet sich unter

<http://snipurl.com/2aca644>

Der deutsche Richterbund DRB lehnt in seiner Stellungnahme u.a. die Verlängerung der Regelbewilligungszeitraum auf 12 Monate ab. Er befürchtet in vielen Fällen erheblich komplexere und in der Bearbeitung unhandlichere Widerspruchs- und Klageverfahren. Die Verlängerung des Bewilligungszeitraums begründe auch eine Diskrepanz zwischen dessen Länge (dann 1 Jahr) und dem Verteilzeitraum nach § 11 Abs. 3 SGB II (6 Monate). Die Stellungnahme ist hier veröffentlicht (Stellungnahme 23/15):

<http://snipurl.com/2aca65e>

Einen Zeitplan, insbesondere zum Inkrafttreten der geplanten Änderungen, gibt es bisher noch nicht. Spekuliert wird von verschiedenen Seiten mit dem 01.07.2016.



Regelbedarfe 2016

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat die Verordnung zur Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach § 138 Nummer 2 SGB XII für das Jahr 2015 (Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2015 - RBSFV 2015) bekannt gegeben. Da das SGB XII für die Leistungshöhe das Referenzsystem für das SGB II darstellt, wirkt sich die Fortschreibung unmittelbar auf die Regelbedarfe im SGB II aus. Die Regelbedarfe im SGB II werden also grundsätzlich entsprechend § 28a SGB XII in Verbindung mit der Verordnung nach § 40 Satz 1 Nummer 1 SGB XII angepasst (§ 20 Abs. 5 SGB XII). Die Fortschreibung wird außerdem für die Geldleistungen im Asylbewerberleistungsgesetz sowie in der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz übernommen.

Ausgangspunkt für die Fortschreibung der Regelbedarfe ist dabei ein statistisch ermittelter Mischindex, in den

die Preisentwicklung mit einem Anteil von 70 % und die Nettolohnentwicklung mit 30 % einfließen. Dieser Index wurde mit 1,24 % ermittelt, so dass dies zu einer Anhebung des Regelbedarfs z.B. von Alleinstehenden um 5 EUR von 399 EUR auf 404 EUR führt.

Allerdings wäre gem. § 28 SGB XII eine Neuberechnung der Regelbedarfe vorzunehmen gewesen. Denn § 8 Abs. 1 SGB XII sieht vor: „Liegen die Ergebnisse einer bundesweiten neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vor, wird die Höhe der Regelbedarfe in einem Bundesgesetz neu ermittelt.“ Tatsächlich sind auch seit September 2014 die Ergebnisse der letzten Einkommens- und Verbrauchsstatistik 2013 (EVS 2013) bekannt, so dass eine Neuberechnung erfolgen müsste. Nur wenn die Neuermittlung erfolgt, sind die Regelbedarfsstufen jeweils zum 1. Januar mit dem Mischindexverfahren fortzuschreiben. Angeblich blieb jedoch

nicht genügend Zeit um eine Neuberechnung für 2016 durchzuführen. Im nächsten Jahr wird deshalb in jedem Fall die Neuermittlung der Regelbedarfe für das Jahr 2017 anstehen und in diesem Zusammenhang die Diskussion um die statistische Methodik bei der Auswahl der Güter und Dienstleistungen und den regelbedarfsrelevanten Verbrauch verstärkt aufleben.

Eine Übersicht über alle neuen Regelbedarfe ab 2016 und die wichtigsten von den Regelbedarfen abgeleiteten Mehrbedarfe findet sich in der tabellarischen Übersicht in diesem **SOZIAL INFO** unter Materialien auf S. 14.

Die aktualisierte Aufteilung der Regelbedarfe für die Jahre 2011 - 2016 nach den EVS-Abteilungen, die von Rüdiger Böker erstellt wurde, bietet Harald Thomé zum Download an:

<http://snipurl.com/2aa7g1e>

Neue fachliche Weisungen zur Kranken- und Pflegeversicherung

Die BA hat ihre Fachlichen Weisungen zur Kranken- und Pflegeversicherung der Leistungsberechtigten von Arbeitslosengeld II neu strukturiert und auch inhaltlich zum 01.01.2016 aktualisiert:

<http://snipurl.com/2acbr76>

U.a. wurden Ausführungen zur versicherungsrechtlichen Beurteilung von Flüchtlingen und Asylberechtigten und Personen in temporärer BG aufgenommen bzw. konkretisiert.

Geändert wurde auch eine Rechtsauffassung: Bei vorläufiger Bewilligung nach § 40 Abs. 2 Nr. 1 SGB II i. V. m. § 328 SGB III sind bei der endgültigen Festsetzung und möglicher Überzahlung der Leistung die KV-/PV-Beiträge nicht mehr vom Leistungsberechtigten zurückzufordern.

Erreichbarkeit arbeitsloser Flüchtlingshelfer

Leistungsbeziehende nach dem SGB II oder SGB III müssen grundsätzlich täglich unter der von ihnen bezeichneten Wohnanschrift postalisch erreichbar sein. Nur für bis zu 3 Wochen kann eine Ortsabwesenheit von der BA oder dem Jobcenter genehmigt werden. Harald Thomé weist auf eine E-Mail der Bundesagentur für Arbeit hin, aus der hervorgeht, dass Arbeitslose, die sich im Rahmen einer organisierten Hilfsaktion als freiwillige Flüchtlingshelfer „abmelden“, unter die Regelung des § 3 Abs. 2 Nr. 3 EAO zu subsumieren sind. Das bedeutet, dass die Tätigkeit als Flüchtlingshelfer als Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit anerkannt wird und auf die 21 Kalendertage möglicher Ortsabwesenheit pro Kalenderjahr nicht angerechnet werden:

<http://snipurl.com/2ab0rzf>



Perspektive 50 plus wird nicht verlängert

Nach 10 Jahren endet zum 31.12.2015 das Bundesprogramm „Perspektive 50plus - Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“. Durch das Programm sollten langzeitarbeitslose Personen über 50 Jahre bei der Rückkehr auf den allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützt werden. Der regionale Ansatz wurde von 77 sogenannten Beschäftigungspakten umgesetzt, in denen die Jobcenter beteiligt waren. Das in drei Förderphasen ausgeführte Programm wird von zwei Instituten evaluiert. Bisher wurden die Evaluationsergebnisse der Zweiten Phase (2008 - 2010) veröffentlicht:

<http://snipurl.com/2aaa3xm>



**Regel- und Mehrbedarfe für Alleinerziehende, werdende Mütter, dezentrale Warmwassererzeugung,
Behinderte und Kranke
2016**

Regelbedarfe (RB) bei Arbeitslosengeld II / Sozialgeld 01.01.2016 - 31.12.2016					
<ul style="list-style-type: none">AlleinstehendeAlleinerziehendeVolljährige mit minderjährigem Partner	<ul style="list-style-type: none">Partner, wann beide volljährig sind	<ul style="list-style-type: none">sonstige erwerbsfähige Angehörige der BG ("U25" = 18 bis unter 25jährige)Personen unter 25 Jahre, die ohne Zusicherung des komm. Trägers umziehen	<ul style="list-style-type: none">Kinder von 14 bis unter 18 Jahren	<ul style="list-style-type: none">Kinder von 6 bis unter 14 Jahren	<ul style="list-style-type: none">Kinder bis unter 6 Jahren
RB nach § 20 Abs. 2 S.1	RB nach § 20 Abs. 4	RB nach § 20 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 bzw. § 20 Abs. 3	RB nach § 20 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 bzw. § 23 Abs. 1 Nr. 1	RB nach § 23 Abs. 1 Nr. 1	RB nach § 23 Abs. 1 Nr. 1
404 €	364 €	324 €	306 €	270 €	237 €

Mehrbedarf für Alleinerziehende (§ 21 Abs. 3 SGB II) bei RB von 404 €					
	12%	24%	36%	48%	60%
1 Kind <7 Jahre			145,44 €		
1 Kind >7 Jahre	48,48 €				
2 Kinder <16 Jahre			145,44 €		
2 Kinder >16 Jahre		96,96 €			
1 Kind >7 + 1 Kind >16 Jahre		96,96 €			
3 Kinder			145,44 €		
4 Kinder				187,68 €	
ab 5 Kinder					234,60 €

Mehrbedarf für werdende Mütter (§ 21 Abs. 2 SGB II)		
Regelbedarf	Prozentsatz	Mehrbedarf
404 €	17%	68,68 €
364 €	17%	61,88 €
324 €	17%	55,08 €
306 €	17%	52,02 €

Mehrbedarf bei dezentraler Warmwassererzeugung (§ 21 Abs. 7 SGB II)		
Regelbedarf	Prozentsatz	Mehrbedarf
404 €	2,3%	9,29 €
364 €	2,3%	8,37 €
324 €	2,3%	7,45 €
306 €	1,4%	4,28 €
270 €	1,2%	3,24 €
237 €	0,8%	1,90 €

Mehrbedarf für Behinderte bei Teilhabe am Arbeitsleben § 21 Abs. 4 SGB II		
Regelbedarf	Prozentsatz	Mehrbedarf
404 €	35%	141,40 €
364 €	35%	127,40 €
324 €	35%	113,40 €
306 €	35%	107,10 €

Mehrbedarf für schwerbehinderte Nicht-Erwerbsfähige (Sozialgeld) mit Merkzeichen "G" (§ 23 Abs. 4 SGB II)		
Regelbedarf	Prozentsatz	Mehrbedarf
404 €	17%	68,68 €
364 €	17%	61,88 €
324 €	17%	55,08 €
306 €	17%	52,02 €

Mehrbedarf für kostenaufwendige Ernährung (§ 21 Abs. 5 SGB II)	
Erkrankung	Prozentsatz des RB
Nierenauffizienz (Nierenversagen)	10%
Nierenauffizienz mit Hämodialyse	20%
Zöliakie / Sprue	20%
Krebs (bösartiger Tumor)	10%
HIV-Infektion / AIDS	10%
Multiple Sklerose	10%
Colitis ulcerosa	10%
Morbus Crohn	10%

* Diese Liste führt nicht abschließend alle Erkrankungen auf, für die ein Mehrbedarf gewährt werden kann!

Fiktive Bemessung 2016

Kann für die Berechnung der Höhe eines Alg-Anspruch ein Bemessungszeitraum von mindestens 150 Tagen mit Anspruch auf Arbeitsentgelt innerhalb des auf zwei Jahre erweiterten Bemessungsrahmens nicht festgestellt werden, ist als Bemessungsentgelt ein fiktives Arbeitsentgelt zugrunde zu legen (§ 152 Abs. 1 SGB III).

Typische Fallgestaltungen für eine fiktive Bemessung sind:

- ❑ Der Arbeitslosengeldanspruch entsteht nach längeren versicherungspflichtigen Kindererziehungszeiten.
- ❑ Das Arbeitsentgelt war wegen Betreuung eines Kindes unter 3 Jahren längere Zeit gemindert (§ 150 Abs. 2 Nr. 3 SGB III).
- ❑ Der Arbeitslosengeldanspruch entsteht allein durch versicherungspflichtigen Krankengeldbezug.
- ❑ Der Arbeitslosengeldanspruch entsteht durch versicherungspflichtigen Bezug einer Rente wegen voller Erwerbsminderung. Erwerbsfähigkeit gilt als wiederhergestellt.
- ❑ Der Arbeitslosengeldanspruch entsteht nach Zeiten der freiwilligen Arbeitslosenversicherung bei Selbständigkeit oder Pflege (§ 28a SGB III).

Ausgangspunkt für die Ermittlung des fiktiven Arbeitsentgelts ist die Festlegung der Beschäftigung, auf die sich die Vermittlungsbemühungen für den Arbeitslosen in erster Linie zu erstrecken haben. Nach § 152 Abs. 2 Satz 1 SGB III ist die Beschäftigung zu ermitteln, auf die sich - unter Berücksichtigung der Neigung, Eignung und Leistungsfähigkeit des Arbeitslosen (§ 35 Abs. 2 Satz 2 SGB III) sowie der Anforderungen der angebotenen Stellen - die Vermittlungsbemühungen für den Arbeitslosen „in erster Linie“ zu erstrecken haben. Dies bedeutet, dass nicht die Gesamtbreite der möglichen Beschäftigungen, sondern die Tätigkeiten maßgebend sind, mit denen der Arbeitslose bestmöglich eingegliedert werden kann. Dabei sind nur die Beschäftigungen zu berücksichtigen, die in nennenswertem Umfang auf dem Arbeitsmarkt vorhanden ist/sind. Es ist ohne Bedeutung, ob mögliche Stellen besetzt oder offen sind. Kommen mehrere Beschäftigungen gleichwertig in Betracht, ist

die Beschäftigung maßgebend, die die höchste Qualifikation erfordert.

Für die Festsetzung des fiktiven Arbeitsentgelts wird dann die Beschäftigung einer von vier Qualifikationsgruppen zugeordnet:

- ❑ Qualifikationsgruppe 1 erfordert eine Hochschul- oder Fachhochschulausbildung,
- ❑ Qualifikationsgruppe 2 erfordert einen Fachschulabschluss, den Nachweis über eine abgeschlossene Qualifikation als Meister oder einen Abschluss in einer vergleichbaren Einrichtung,
- ❑ Qualifikationsgruppe 3 erfordert eine abgeschlossene Ausbildung in einem Ausbildungsberuf und

- ❑ Qualifikationsgruppe 4 erfordert keine Ausbildung.

Jede Qualifikationsgruppe entspricht einem bestimmten Bruttoarbeitsentgelt, dem wiederum ein bestimmter Anteil (z.B. bei Qualifikationsstufe 1: 1/300; bei Qualifikationsstufe 4: 1/600 der Bezugsgröße) der Bezugsgröße in der Sozialversicherung zugeordnet wird.

Die jährliche Bezugsgröße für das nächste Jahr beträgt 34.020 EUR (West) bzw. 28.980 EUR (Ost). Konkret ergeben sich damit für den Fall einer fiktiven Bemessung des Arbeitslosengeldes für das Jahr 2015 folgende mögliche Bemessungsentgelte:

Qualifikationsgruppe/Bundesland	Monatsbrutto (in EUR)	tägliches Brutto (in EUR)
Gruppe 1 (West)	3.486	116,20
Gruppe 1 (Ost)	3.024	100,80
Gruppe 2 (West)	2.905	96,83
Gruppe 2 (Ost)	2.520	84,00
Gruppe 3 (West)	2.324	77,47
Gruppe 3 (Ost)	2.016	67,20
Gruppe 4 (West)	1.743	58,10
Gruppe 1 (Ost)	1.512	50,40



Weitere Änderungen im Sozialrecht

Am 12.11.2015 hat der Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des SGB XII und weiterer Vorschriften (BT 18/6284) in der vom Ausschuss für Arbeit und Soziales geänderten Fassung (BT 18/6674) verabschiedet. Die Gesetzesänderungen im SGB XII beziehen sich vor allem auf Probleme in Zusammenhang mit der sog. Bundesauftragsverwaltung. Die Finanzverantwortung für die Leistungen der Grundsicherung im Alter und der Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel SGB XII liegt inzwischen beim Bund. Aufgrund der vollständigen Erstattung der auf Geldleistungen nach diesem Kapitel entfallenden Nettoausgaben tragen Behörden der Länder nur noch die aufgrund der Ausführung der Leistungen entstehenden Verwaltungskosten. Hieraus ergeben sich diverse ge-

setzgeberische Handlungsbedarfe. Der Entwurf verzichtet weitgehend auf materiell-rechtliche Änderungen im SGB XII. Der Deutsche Verein bezeichnet in seiner Stellungnahme den Gesetzentwurf als „eher technische Novelle“ (<http://snipurl.com/2ac7zdaq>). Trotzdem enthält das Gesetz einige auch für Leistungsberechtigte relevante Änderungen. Unter anderem wurden im Recht der Arbeitsförderung ausbildungsbegleitende Hilfen für Asylbewerber mit dem Status „Geduldete“ geöffnet, um Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Eine für den 01.08.2016 beschlossene Herabsetzung der Voraufenthaltsdauer für Geduldete und bestimmte Personengruppen mit einer Aufenthaltserlaubnis von vier Jahren auf 15 Monate im Bundesausbildungsförderungsgesetz wird vorgezogen, damit diese Perso-

nen bestimmte BAföG-Leistungen früher in Anspruch nehmen können.

Die gesetzliche Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld wird von sechs auf zwölf Monate erhöht.

Die bis zum 31.12.2015 befristete Sonderregelung, nach der überwiegend kurz befristet Beschäftigte die Anwartschaftszeit für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld bereits durch Versicherungszeiten von mindestens sechs Monaten erfüllen („kurze Anwartschaftszeit“ gem. § 142 Abs. 2 SGB III), wird um ein weiteres Jahr bis zum 31.12.2016 verlängert. Bis dahin soll entschieden sein, wie der Auftrag des Koalitionsvertrags zur Verbesserung der sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit nach überwiegend kurz befristeter Beschäftigung umgesetzt wird.

Flexi-Rente

Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Koalitionsfraktionen hat ihren Abschlussbericht „Flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand“ vorgelegt. Neben verbesserten Informationen über die Auswirkungen der vorzeitigen Inanspruchnahme einer Altersrente und den Möglichkeiten einer Teilrente soll vor allem das System der Hinzuverdienstgrenzen vereinfacht und flexibilisiert werden. Für Altersrentner wie für Frührentner soll es finanziell attraktiver werden, nebenbei noch zu arbeiten.

Personen, die jenseits der Altersgrenze für eine Regelaltersgrenze beschäftigt sind, sind schon nach bisherigem Recht in der Arbeitslosenversicherung versicherungsfrei. Arbeitgeber müssen allerdings ihren hälftigen Beitrag zu Arbeitslosenversicherung entrichten, obwohl für den Arbeitnehmer daraus keine Leistungsansprüche erwachsen. Hier wird vorgeschlagen - zunächst befristet auf 5 Jahre - auch den Arbeitgeberbeitrag entfallen zu lassen. Für die Arbeitslosenversicherung entstehen dadurch jedoch nach einer Schätzung Mindereinnahmen von 80 Millionen EUR pro Jahr.

Die Arbeitsgruppe hat auch den Widerspruch erkannt, einerseits eine Ver-

längerung der Lebensarbeitszeit zu predigen, andererseits aber ALG II-Berechtigte mit 63 Jahren zwangszuverrenten. Grundsätzlich soll aber an der Zwangsverrentung festgehalten werden. Im Bereich des SGB II wird aber vorgeschlagen, vom Zwang der Inanspruchnahme einer vorgezogenen, geminderten Altersrente abzusehen, wenn Betroffene dadurch lebenslang auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen wären. Konkret wird eine Ergänzung der Unbilligkeitsverordnung ange-regt: „Unbillig ist die Inanspruchnahme,

wenn Leistungsberechtigte dadurch hilfebedürftig im Sinne der Grundsicherung im Alter werden würden. Dies ist anzunehmen, wenn der Betrag in Höhe von 70 Prozent der bei Erreichen der Altersgrenze (§ 7a SGB II) zu erwartenden ungeminderten Altersrente niedriger ist als der zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Unbilligkeit maßgebende Bedarf des Leistungsberechtigten nach dem SGB II.“

Mit einer Umsetzung wird frühestens Mitte 2016 zu rechnen sein.





Wohngeldreform

Durch das „Gesetz zur Reform des Wohngeldrechts und zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes (WoGRefG) findet zum ersten Mal seit 2009 wieder eine Anpassung des Wohngelds an die Entwicklung der Einkommen und der Warmmieten statt.

Die Wohngelderhöhung besteht aus zwei Kernelementen. Durch die Reform werden zum einen die Tabellenwerte angepasst, um neben dem Anstieg der Bruttokaltmieten und des Einkommens auch den Anstieg der warmen Nebenkosten und damit insgesamt der Bruttowarmmiete zu berücksichtigen. Denn seit der Reform 2009 sind die Bestandsmieten - gemessen am Mietenindex des Verbraucherpreisindex - um 8 % und die Verbraucherpreise ebenfalls um 8 % gestiegen. Die Heizkosten liegen z.Z. um etwa 17 % über dem Niveau vor der Reform 2009. Insgesamt sind die Bruttowarmmieten um 9 % gestiegen. Insgesamt werden die Tabellenwerte um durchschnittlich rund 39 % erhöht. Der sich daraus ergebende Wohngeldbetrag hängt im Einzelfall von der Kombination aus Miete, Einkommen und Haushaltsgröße ab.

Das zweite Element der Wohngelderhöhung besteht in einer regional gestaffelten Anhebung der Miethöchstbeträge zur Anpassung an die regional differenzierte Mietenentwicklung. Die Höchstbeträge für Miete und Belastung, das heißt die Beträge, bis zu denen die Bruttokaltmiete beziehungsweise die Belastung bei Eigentümern bei der Wohngeldberechnung berücksichtigt wird, werden in den sechs Mietenstufen zwischen 7 % (Mietstufe 1) und 27 % (Mietstufe 6) angehoben.

Auch werden einzelnen Gemeinden neue Mietenstufen zugeordnet, wobei es mehr Herabstufungen als Heraufstufungen gibt. Die isolierten Wirkungen der Herabstufungen auf die Wohngeldhaushalte sollen aber durch die gleichzeitige Erhöhung der Miethöchstbeträge und der Tabellenwerte aufgefangen werden.

Von den nicht unerheblichen Änderungen werden rund 866.000 Haushalte profitieren. Darunter sind rund

324.000 Haushalte, die durch die Reform erstmals oder wieder einen Wohngeldanspruch erhalten. Betroffen sein werden auch Leistungsberechtigte aus dem Bereich des SGB II und SGB XII. Folgt man den in dem Gesetzentwurf angeführten Simulationsberechnungen, sollen insgesamt drei Gruppen von der Wohngeldreform profitieren:

- Rund 541.000 Haushalte, die im Jahr 2016 auch ohne Reform Wohngeld bezogen hätten. Beispielsweise Zwei-Personen-Wohngeldhaushalte, die bisher durchschnittlich 112 EUR Wohngeld monatlich erhalten haben, werden durch die Reform durchschnittlich 186 EUR Wohngeld erhalten.
- Rund 237.000 sogenannte „Hereinwachserhaushalte“, deren Einkommen bislang die Grenzen für einen Wohngeldanspruch überschritten haben und die 2016 erstmals oder wieder Wohngeld erhalten werden. Zwei-Personen-Haushalte werden z.B. zukünftig durchschnittlich 74 EUR monatlich erhalten.
- So genannte „Wechslerhaushalte“, die zuvor Leistungen nach dem SGB II (rund 42.000 Haushalte) oder SGB XII (rund 35.000 Haushalte) bezogen haben. Unter den SGB II-Wechslerhaushalten befinden sich etwa 25.000 Familien mit Kindern, von denen 10.000 Haushalte zukünftig Wohngeld in Kombination mit dem Kinderzuschlag beziehen werden.

Hinzu kommen nach den Simulationsrechnungen noch rund 9.000 Mischhaushalte, bei denen bisher alle Haushaltsmitglieder Leistungen der Grundsicherung (vor allem SGB II) bezogen haben. Durch die Reform können einzelne Haushaltsmitglieder ihren Bedarf dauerhaft durch das Wohngeld decken, während die übrigen Haushaltsmitglieder weiterhin Leistungen der Grundsicherung beziehen.

Die Wohngeldreform tritt zum 01.01.2016 in Kraft. Durch eine Übergangsregelung erhalten fast alle derzeitigen Wohngeldempfängerhaushalte bereits ab Inkrafttreten des

Gesetzes ohne Antrag ein höheres Wohngeld. Wohngeldempfängerinnen und -empfänger müssen daher für den laufenden Bewilligungszeitraum keinen neuen Wohngeldantrag stellen, um von der Wohngeldreform zu profitieren. Bereits gestellte Wohngeldanträge, über die die Wohngeldbehörden im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Reform noch nicht entschieden haben, müssen nicht neu gestellt werden, um ab dem 01.01.2016 ein höheres Wohngeld zu erhalten.

Eine weiterer Teil der Übergangsregelung der Wohngeldreform verhindert zudem, dass Wohngeldempfänger allein wegen der Anwendung des neuen Rechts ein geringeres als das bereits nach bisherigem Recht - für den Zeitraum ab dem Inkrafttreten - bewilligte Wohngeld erhalten.

Das Wohngeld wird künftig nicht erst alle vier, sondern schon alle zwei Jahre überprüft. Eine erste Evaluation soll es daher schon zum 30.07.2017 stattfinden.

Eine FAQ zur Wohngeld gibt es auf den Internetseiten des zuständigen Ministeriums:

<http://snipurl.com/2aa0evy>

Ingo Turski, Mitarbeiter des „beratungsCentrum e.V.“ in Monheim am Rhein, bietet auf seiner privaten Homepage u.a. einen Online-Wohngeldrechner an, der die Wohngeldreform bereits berücksichtigt. Diesen und andere Online-Rechner gibt es auf

<http://www.1ngo.de/prg/>





IMAZ e.V. Düsseldorf

Das Interkulturelle Migrantenzentrum (IMAZ) ist ein eingetragener Verein. Seit seiner Gründung im Jahr 1999 versteht sich das Zentrum als Einrichtung zur Förderung des interkulturellen Dialogs und unterstützt mit seinem multiprofessionellen Fachkräfte-Team die gesellschaftliche und berufliche Integration.



IMAZ e.V. ist weder parteilich noch weltanschaulich gebunden. Vor dem Hintergrund richtet sich unser Angebot an alle, die daran Interesse zeigen. Grundlegend für unsere Arbeit sind die im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerten Werte und Prinzipien der Demokratie und der Menschenrechte. Im Focus unserer Arbeit stehen Toleranz, Respekt und Chancengleichheit.

Ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit und unseres Profils ist die Vernetzung und Kooperation mit verschiedenen Einrichtungen und Verbänden sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene.

Derzeit haben wir u.a. folgende Angebote bei IMAZ e.V.:

- ◆ Migrationsfachdienst
Beratung und Begleitung von Menschen mit Migrationshintergrund
- ◆ Integrationsagentur
Netzwerkarbeit, Stadtteilarbeit, Förderung des Ehrenamtes
- ◆ Integrationskurse
Deutschkurse von 600 bis zu 1.200 Stunden Unterricht, als Elternkurse, Alphabetisierungskurse, allg. Integrationskurse (vormittags/ nachmittags /abends)
- ◆ Flüchtlingssprachkurs
- ◆ Konversationsgruppe
offener Treff zum sprachlichen Austausch dienstags 13.30 -15.30 Uhr
- ◆ Lesementoren für Flüchtlingskinder, in Kooperation mit Mentor e.V.
- ◆ Sprachtandem - individueller Austausch zur deutschen Sprache und Kultur
- ◆ Projekte
Familientreff, Gesundheitscheck für Frauen und berufliche Orientierung für Frauen mit Migrationshintergrund
- ◆ MoBeMi und Bewerbungshilfen
Gutschein-Verfahren zum Erstellen von Bewerbungsunterlagen etc. für Alg II-Beziehende in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Düsseldorf
- ◆ Tag der Vielfalt
Tanz, Musik und Theater mit Migrantenselbstorganisationen, Vereinen und Künstlern aus Düsseldorf in Kooperation mit zakk und Düsseldorfer Appell

und vieles mehr

IMAZ e.V.
Posener Str. 2
40231 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 95 74 29 43
Fax: 0211 - 95 74 29 49
E-Mail: aksun@imaz.org
Internet: www.imaz.org

Befreiung von der Zuzahlung - Belastungsgrenze 2016

Für die Zuzahlung (Eigenanteile) zu ärztlich verordneten Arznei-, Hilfs- und Heilmitteln oder Krankenhausbehandlung gilt bekanntlich eine Überforderungsklausel, wonach maximal 2%, bei chronisch Kranken maximal 1%, der Familienbruttoeinnahmen aufgewendet werden müssen.

Für Alg II-Berechtigte wird bei der Berechnung der Belastungsgrenze auf den Regelbedarf einer alleinstehenden Person zurückgegriffen. Das bedeutet, die Belastungsobergrenze für Zuzahlungen liegt für das Jahr 2016 (Regelbedarf 404 EUR) bei 96,96 EUR. Bei chronisch Kranken, die wegen derselben schwerwiegenden Krankheit in Dauerbehandlung sind, liegt die Belastungsgrenze bei 48,48 EUR jährlich.

Eine Krankheit ist schwerwiegend chronisch, wenn sie wenigstens ein Jahr lang, mindestens einmal pro Quartal ärztlich behandelt wurde (Dauerbehandlung) und eines der folgenden Merkmale vorhanden ist:

- Es liegt eine Pflegebedürftigkeit der Pflegestufe 2 oder 3 nach dem zweiten Kapitel SGB XI vor.
- Es liegt ein Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 60 % oder eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) von mindestens 60 % vor, wobei der GdB oder die MdE nach den Maßstäben des § 30 Abs. 1 BVG oder des § 56 Abs. 2 SGB VII festgestellt und zumindest auch durch die Krankheit nach Satz 1 begründet sein muss.
- Es ist eine kontinuierliche medizinische Versorgung (ärztliche oder psychotherapeutische Behandlung, Arzneimitteltherapie, Behandlungspflege, Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln) erforderlich, ohne die nach ärztlicher Einschätzung eine lebensbedrohliche Verschlimmerung, eine Verminderung der Lebenserwartung oder eine dauerhafte Beeinträchtigung der Lebensqualität durch die aufgrund der Krankheit nach Satz 1 verursachte Gesundheitsstörung zu erwarten ist.

Bei Bedarfsgemeinschaften gilt diese Belastungsgrenze als Bruttoeinkommen für die gesamte Bedarfsgemein-

schaft! Alle Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft sind also von weiteren Zuzahlungen befreit, wenn die o.g. Belastungsgrenze erreicht ist. Es empfiehlt sich, alle Zuzahlungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung zu sammeln und sich dann von der Kran-

kenversicherung für den Rest des Jahres befreien zu lassen. Alternativ bieten die meisten Krankenkassen auch an, den Betrag in Höhe der Zuzahlungsgrenze im Voraus einzuzahlen. Damit ist man sofort für den Rest des Jahres von weiteren Zuzahlungen befreit.



Neuregelung zum Krankengeldanspruch

Bisher entstand ein Anspruch auf Krankengeld u.a. „von dem Tag an, der auf den Tag der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit folgt.“ Dies führte in der Praxis vor allem bei Folgebescheinigungen zu Problemen, denn die „alte“ und die Folgebescheinigung mussten sich um einen Tag überlappen. War z.B. ein Versicherter bis Freitag krankgeschrieben, musste er sich an diesem Freitag erneut zum Arzt begeben, um einen lückenlosen Anspruch auf Krankengeld zu haben. Probleme entstanden vor allem für Versicherte, die nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, sondern deren Mitgliedschaft allein aufgrund des Bezugs von Krankengeld andauert. Diese mussten unbedingt spätestens am letzten Tag des Gültigkeitszeitraums der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ihre Krankschreibung beim Arzt verlängern lassen, denn ansonsten endet die Mitgliedschaft als Versicherungspflichtiger mit Anspruch auf Krankengeld zu dem Zeitpunkt, an dem die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung endet.

Die gesetzliche Grundlage dieser für Versicherte unvorteilhaften Rege-

lung wurde jetzt geändert. Zum einen entsteht der Anspruch auf Krankengeld nun „von dem Tag der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit an.“ (§ 46 Satz 1 Nr. 2 SGB V). Außerdem wurde dem Paragraphen ein neuer Satz hinzugefügt: „Der Anspruch auf Krankengeld bleibt jeweils bis zu dem Tag bestehen, an dem die weitere Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit ärztlich festgestellt wird, wenn diese ärztliche Feststellung spätestens am nächsten Werktag nach dem zuletzt bescheinigten Ende der Arbeitsunfähigkeit erfolgt; Samstage gelten insoweit nicht als Werktage.“ Es genügt nun also, wenn die Folgebescheinigung erst am nächsten Werktag ausgestellt wird, bis zu dem die bisherige AU-Bescheinigung ausgestellt war. Beispiel: Hat der Arzt die Arbeitsunfähigkeit bis Gründonnerstag oder Karfreitag bescheinigt, benötigt der Versicherte künftig erst am Dienstag nach Ostermontag wieder eine neue AU, wenn er weiterhin erkrankt ist.

Die Neuregelung ist am 23.07.2015 in Kraft getreten.



Kindergeld und Steuer-ID

Wer Kindergeld erhalten möchte, muss ab 2016 der Familienkasse seine Steuer-Identifikationsnummer (IdNr.) und die Steuer-Identifikationsnummer des Kindes angeben. Doppelzahlungen von Kindergeld sollen dadurch vermieden werden. Durch Datenabgleich ist den Familienkassen bei laufenden Kindergeldfällen die Steuer-ID bereits bekannt. In den Fällen, in denen die Steuer-ID nicht bekannt ist, werden Betroffene angeschrieben.

Die Steuer-Identifikationsnummer wird unabhängig vom Geburtsdatum jeder Person zugeteilt, die mit Hauptwohnung oder alleiniger Wohnung in einem Melderegister in Deutschland erfasst ist und bleibt ein Leben lang gültig.

Wenn Eltern die eigene Steuer-Identifikationsnummer oder die der Kinder nicht (mehr) bekannt ist, kann die Nummer auch online beim Bundeszentralamt für Steuern angefordert werden:

<http://snipurl.com/2ab5wuw>

Die in einigen Publikationen verbreitete Meldung, dass eine Kindergeldzahlung eingestellt würde, wenn den Familienkassen bis zum 01.01.2016 keine Mitteilung der IdNr. vorliegt, ist unzutreffend. Die BA hat mitgeteilt, dass

die Familienkassen es grundsätzlich nicht beanstanden werden, wenn die IdNr. im Laufe des Jahres 2016 nachgereicht wird. Für Neuansprüche ist jedoch ab 2016 die Steuer-Identifikationsnummern auf jeden Fall erforderlich.



Kindergeld: Informationen für Flüchtlinge

Die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat Informationen zum Kindergeld für Flüchtlinge und Asylsuchende veröffentlicht. Informationsflyer in deutscher, englischer und arabischer Sprache geben Auskunft darüber, unter welchen Voraussetzungen Kindergeld bezogen wer-

den kann. Ein weiterer Flyer in Deutsch und Englisch enthält wichtige Informationen zum Kindergeldbezug für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Die Flyer gibt es bei den örtlichen Familienkassen und im Internet unter

<http://snipurl.com/2aaa8qb>

Neues Melderecht

Mit dem „Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens (MeldFortG)“ und dem „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens“ sind zeitgleich zum 01.11.2015 verschiedene Änderungen im Meldewesen in Kraft getreten. Durch das neue Bundesmeldegesetz gibt es erstmals bundesweit einheitliche und unmittelbar geltende melderechtliche Vorschriften für alle Bürgerinnen und Bürger. Jede Person, die in Deutschland eine Wohnung bezieht, muss sich innerhalb von zwei Wochen nach Einzug bei der zuständigen Meldebehörde anmelden.

Eine wichtige Änderung besteht darin, dass Vermieter ihren Mietern nun eine Bescheinigung über den Einzug oder den Auszug ausstellen müssen. Der Wohnungsgeber muss die Bestätigung also nicht gegenüber der Meldebehörde, sondern gegenüber seinem Mieter abgeben. Die Bescheinigung des Vermieters muss schriftlich

oder elektronisch innerhalb von 2 Wochen erfolgen. Bei den Meldebehörden gibt es entsprechende Vordrucke („Wohnungsgeberbestätigung“).

Alternativ kann auch eine elektronische Bestätigung erfolgen. Hierbei müssen aber wegen Datenschutz und Datensicherheit verschiedene technische Sicherheitsvorkehrungen beachtet werden. Zudem muss die Identität mittels eines elektronischen Identitätsnachweises nachgewiesen werden. Wer eine elektronische Bestätigung gegenüber der Meldebehörde abgeben möchte, sollte sich zu den Abläufen und technischen Details vorab bei der zuständigen Meldebehörde erkundigen.

Verweigert der Vermieter die Bestätigung oder erhält der Mieter sie aus anderen Gründen nicht rechtzeitig, so hat der Mieter dies der Meldebehörde unverzüglich mitzuteilen. Im Falle der Weigerung kann der Ver-

mieter von der Meldebehörde mit einem Bußgeld belegt werden.

Die Bestätigung des Vermieters muss folgende Angaben enthalten:

- Name und Anschrift des Vermieters,
- ☐ Art des meldepflichtigen Vorgangs mit Einzugs- oder Auszugsdatum,
- ☐ Anschrift der Wohnung sowie
- ☐ Namen der meldepflichtigen Personen

Abgeschafft wird die Meldepflicht in Krankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen, solange die betroffenen Personen für eine Wohnung in Deutschland gemeldet sind. Bei einer einfachen Melderegisterauskunft, die für gewerbliche Zwecke beantragt wird, muss künftig angegeben werden, dass die Auskunft für einen bestimmten gewerblichen Zweck benötigt wird. Die im Rahmen der Auskunft erlangten Daten dürfen nur für diese Zwecke verwendet werden.



Rezension

Musterbriefe zur Bewerbung

Hans-Jürgen Kratz

Die Standards - klassisch und online

Erfolgreich werben in eigener Sache. Mustervorlagen zeigen, wie Arbeitsuchende ihre Stärken in den Vordergrund stellen und die richtigen Worte finden. Auch die Wichtigkeit kleiner Details wird verdeutlicht - vom Bewerbungsfoto bis hin zur Grußformel. Erfolgreiche Bewerbungsschreiben gehen auf die Anforderungen und Erwartungen des Unternehmens ein. Parallel zu den Bewerbungsschreiben sind deshalb auch die Stellenanzeigen abgedruckt. Mit Tipps zur E-Mail- und Online-Bewerbung, Informationen zur Agentur für Arbeit und zum Europass-Lebenslauf. Hilfreich sind die Hinweise zum Bewerber-

foto, zur Grußformel, zur Dritten Seite sowie zu Schrift- / Arbeitsproben. Erläuterungen zum Datenschutz, zum anonymisierten Bewerbungsverfahren sowie Empfehlungen zur Initiativ-Bewerbung komplettieren den Ratgeber.

Die Musterbriefe und zahlreiche Checklisten bieten eine nützliche Hilfe für alle, die mit optimalen Bewerbungsunterlagen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nutzen wollen.

Walhalla Fachverlag
168 Seiten
20., neu bearbeitete Auflage
ISBN 978-3-8029-3481-0
Preis: 9,95 EUR

BMAS

Publikationen in leichter Sprache

Das BMAS informiert, dass die Publikationen in Leichter Sprache hier zusammengefasst sind:

<http://snipurl.com/2abi1qh>

Überwiegend sind Publikationen für Behinderte und Jugendliche in Leichter Sprache „übersetzt“ worden.



Aktuelle Auflage: Wegweiser für Inhaftierte

Die Broschüre "Wegweiser für Inhaftierte, Haftentlassene und deren Angehörige" liegt nun in der 17. überarbeiteten Auflage (Stand 2015) vor. Sie informiert, welche staatlichen und sonstigen Hilfen es gibt, welche Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sein müssen und an wen man sich im Bedarfsfall wenden kann. Betroffene finden außerdem in einem ausführlichen Adressverzeichnis Beratungseinrichtungen vor Ort.

Denn beim Haftantritt, aber auch bei der Entlassung stellen sich für Inhaftierte und für deren Angehörige viele Fragen:

- ☐ Was passiert mit der Wohnung?
- ☐ Wovon sollen die Angehörigen leben?
- ☐ Wo bekomme ich Unterstützung, wenn ich mich nach der Entlassung in einer finanziellen Notlage befinde?
- ☐ Wie komme ich wieder zu einer Berufstätigkeit?

- ☐ Wo finde ich Beratungseinrichtungen vor Ort, die mir weiterhelfen können?

Für Betroffene ist es daher besonders wichtig, über mögliche Hilfen und Ansprüche informiert zu sein.

Da sich allerdings die gesetzlichen Grundlagen häufig ändern, wurde der Wegweiser auch 2015 wieder aktualisiert und an die jeweils geltenden Rechtslage angepasst.

Die Änderungen, die sich für Haftentlassene und Angehörige von Inhaftierten ergeben haben, wurden in der vorliegenden Ausgabe auf dem Gesetzesstand vom 31.12.2014 eingearbeitet.

Die Regelsätze in der Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II) und in der Sozialhilfe werden jeweils zum ersten Januar eines Jahres der aktuellen Lohn- und Preisentwicklung angepasst. Diese Ausgabe enthält die ab Januar 2015 gültigen Regelsätze.

Die Broschüre kann in der BAG-S Geschäftsstelle gegen eine Schutzgebühr von 1,50 EUR plus Versandkosten bestellt werden. Für Betroffene ist die Broschüre kostenlos.

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe (BAG-S) e.V.** ist eine Fachorganisation, die die Hilfen für straffällig gewordene Menschen verbessern und erweitern will sowie überverbandliche Interessen der Straffälligenhilfe auf Bundesebene vertritt. Sie wurde 1990 gegründet und hat ihren Sitz in Bonn. Die Wohlfahrtsverbände und der Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik (DBH) e. V. haben sich in der BAG-S zusammengeschlossen. Die BAG-S wird vom Ministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert.

Kostenloser Download unter:

<http://snipurl.com/2aca5s4>



Suchmaschine Weiterbildung für Migranten

Mit dem InfoWeb Weiterbildung unter

www.iwwb.de,

der Suchmaschine des Deutschen Bildungsservers für Weiterbildungskurse, lassen sich aktuell über drei Millionen Weiterbildungsangebote, darunter ca. 5.000 Kurse im Themenbereich „Deutsch für Ausländer“, finden.

Unter anderem, um die Weiterbildungssuche für Migranten, Flüchtlinge und Zuwanderer besser zugänglich zu machen, wurde der Google-Übersetzer integriert. Damit wird es möglich, durch die Auswahl über einen einfachen Drop-Down-Button alle Inhalte, also auch die mit einer Weiterbildungssuche gefundenen Kurse, in 90 verschiedenen Sprachen anzeigen zu lassen und - in der Desktop-Version - in Frage kommende Suchergebnisse über die Merkzettel-Funktion in der jeweiligen Landessprache auszudrucken. Das ist auch nachträglich möglich, die Ergebnisliste der in einer Beratung auf Deutsch gefundenen Kurse lässt sich also in die Sprache des Ratsuchenden (also auch z.B.

arabisch, persisch oder türkisch) übersetzen und ausdrucken.

Leider geht es in der Landessprache nicht weiter, wenn die Seite des Bildungsträgers aufgerufen wird. Diese ist in der Regel auf Deutsch. Es stellt sich allerdings die Frage, ob eine Verknüpfung mit Google sinnvoll war, da die Google-Übersetzungen nicht immer passend sind und die deutsche Sprache für eine erfolgreiche berufliche Weiterbildung Voraussetzung ist. Also kann auch auf Deutsch gesucht werden.

Sinnhaft sind allerdings zwei eigene Internetadressen, um das Finden von Deutschkursen zu erleichtern:

□ auf Deutsch:

www.iwwb.de/Deutschkurse

□ und auf Englisch:

www.german-language-learning.de

Bei Aufruf dieser Internet-Seiten ist das Suchfeld bereits mit „Deutsch für Ausländer“ vorbelegt und es muss nur noch der Ort oder das Bundesland und ggf. das Beginndatum angegeben werden.

IAB-Bericht 14/2015 Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015

Die ausländische Bevölkerung ist in den ersten acht Monaten des Jahres 2015 nach Angaben des Ausländerzentralregisters um 488.000 Personen gewachsen. Hinzu kommen Flüchtlinge, die noch nicht erfasst wurden. Die verfügbaren Daten sprechen dafür, dass die berufliche Qualifikation der Flüchtlinge deutlich geringer ist als bei anderen Ausländergruppen. Im Bereich der schulischen Bildung ist das Gefälle geringer.

Angesichts des geringen Durchschnittsalters - 55 % der Flüchtlinge sind unter 25 Jahre - besteht jedoch ein erhebliches Potenzial, das durch Investitionen in Bildung und Ausbildung qualifiziert werden kann.

Download unter:

<http://snipurl.com/2ac9xg6>



IAB-Kurzbericht 20/2015:

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II:

Langer Leistungsbezug ist nicht gleich Langzeitarbeitslosigkeit

(von Kerstin Bruckmeier, Torsten Lietzmann, Thomas Rothe und Anna-Theresa Saile)

Der Abbau der Arbeitslosigkeit kam trotz des positiven Beschäftigungstrends zuletzt kaum noch voran. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Deutschland ist in den letzten Jahren fast nicht mehr gesunken und liegt bei etwa einer Million. Gleichzeitig waren 2014 gut 3 Mio. erwerbsfähige Menschen über längere Zeit auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen. In diesem Kurzbericht wird untersucht, wie Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitleistungsbezug zusammenhängen.

□ Die Zahl der Langzeitarbeitslosen verharrt seit 2010 bei einer Million, etwa jeder Dritte Arbeitslose ist schon mindestens ein Jahr arbeitslos. Unter den Langzeitarbeitslosen ist zwi-

schen 2010 und 2014 der Anteil von Personen gestiegen, deren Chancen am Arbeitsmarkt eher ungünstig sind (z. B. mit geringer Qualifikation).

□ Die Wahrscheinlichkeit, aus Langzeitarbeitslosigkeit in eine ungeforderte Beschäftigung zu wechseln, liegt durchschnittlich bei etwa 1,5 % pro Monat, aus Kurzarbeitslosigkeit heraus ist sie etwa sechsmal höher.

□ 4,4 Mio. erwerbsfähige Personen bezogen im Jahr 2014 Arbeitslosengeld II, 70 % von ihnen für mindestens 21 der letzten 24 Monate. Allerdings ist nur jeder vierte dieser Langzeitleistungsbeziehende auch langzeitarbeitslos, die übrigen sind entweder kürzer als ein Jahr arbeitslos, erwerbstätig oder stehen

dem Arbeitsmarkt beispielsweise wegen Kinderbetreuungsaufgaben nicht zur Verfügung.

□ Fast 1,2 Mio. erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Personen erhielten von Anfang 2005 bis Ende 2013 durchgehend Leistungen. Dennoch stellt Arbeitslosigkeit für Leistungsbeziehende meistens nur eine von verschiedenen Phasen in ihrer Biografie dar. Über zwei Drittel der erwerbsfähigen Leistungsbeziehenden vom Dezember 2010 waren seit 2005 zumindest kurzfristig erwerbstätig.

Download unter

<http://snipurl.com/2ac9xwx>



G.I.B. Arbeitsmarktreport 2015:

Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt in NRW

In dem neuen Arbeitsmarktreport legt die G.I.B. eine Analyse der Situation der Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt vor und betrachtet Strukturen und Entwicklungen in den Bereichen demografische Rahmenbedingungen, Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung sowie Arbeitslosigkeit und Grundsicherung.

In NRW ist die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund in den letzten drei Jahren um 8,2 % gestiegen, während die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund um 2,1 % abgenommen hat.

Die Bildungs- und Qualifikationsstruktur der Migranten ist trotz Verbesserungen immer noch schlechter als bei den Nicht-Migranten:

- Rd. 12 % der Migranten haben keinen allgemeinbildenden Schulabschluss (bei Nicht-Migranten: 2 %).
- 42 % verfügen über keinen beruflichen Bildungsabschluss (bei Nicht-Migranten: rd. 14 %).
- Auch die Erwerbstätigenquote ist bei den Migranten mit 61,7 % immer noch sehr niedrig (Nicht-Migranten: rd. 72,7 %).

- Insbesondere die Erwerbstätigenquote der Migrantinnen bleibt mit rd. 54 % deutlich zurück gegenüber der Erwerbstätigenquote der Frauen ohne Migrationshintergrund (rd. 68 %).

Allerdings hat die Zahl der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund insgesamt gegenüber 2011 um 16,9 % zugenommen; bei den Migrantinnen lag der Zuwachs sogar bei 19,4 %.

Unter den Migranten arbeiten 30 % als atypisch Beschäftigte(r), bei den Nicht-Migranten gilt dies nur für rd. 22 %. Allerdings hat in beiden Gruppen die atypische Beschäftigung im Vergleich zu 2009 anteilmäßig leicht abgenommen.

Migranten sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Dezember 2014 lag ihr Anteil an allen Arbeitslosen bei 46,6 % und ist damit deutlich höher als der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung bzw. an den Erwerbstätigen.

Der G.I.B. Arbeitsmarktreport 2015 steht als Download zur Verfügung:

<http://snipurl.com/2ac9wzh>

2. Schattenbericht „10 Jahre Hartz IV“

Zum zweiten Mal nach 2012 hat die Nationale Armutskonferenz (nak) einen Schattenbericht zur Armut in Deutschland vorgelegt. Er trägt den Titel „Zehn Jahre Hartz IV - zehn verlorene Jahre“. Vor der Berliner Bundespressekonferenz betonte nak-Sprecher Dr. Frank Johannes Hensel, Armut sei „kein unglücklicher Zufall“. Er forderte mehr politische Entschiedenheit bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Deutschland. „Wir dürfen keine weiteren Jahre mehr verlieren!“ Denn inzwischen wachse jedes fünfte Kind in Deutschland in einer einkommensarmen Familie auf. Daran habe auch das von

der Bundesregierung 2011 eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket nichts ändern können.

Der Schattenbericht, der als Sonderausgabe der Berliner Obdachlosenzeitung „Strassenfeger“ erscheint, lässt Betroffene zu Wort kommen, aber auch Armutsforscher und Personen, die im Umgang mit Armen erfahren sind, wie den neuen Berliner Erzbischof Dr. Heiner Koch.

Der Diözesancaritasverband für das Erzbistum Köln e.V. hat die Schattenbericht ins Internet gestellt:

<http://snipurl.com/2aa9zkd>

Zugang zum Arbeitsmarkt und Leistungen des SGB II und III für Migranten/innen

Eine nach Aufenthaltstiteln geordnete Übersicht zum Zugang zum Arbeitsmarkt, zu den Leistungen des SGB II und III zur Arbeitsmarktintegration, zu Sozialleistungen zur Lebensunterhaltssicherung und zu Sprachkursen für alle Migrant/innengruppen hat die Agentur für Arbeit Osnabrück zusammen mit dem Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V. erstellt (Stand 05.11.2015):

<http://snipurl.com/2ac48oz>



IMPRESSUM:

SOZIAL INFO 4/2015

Herausgeber:
Arbeitslosenzentrum Düsseldorf
der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH
Bolker Str. 14/16, 40213 Düsseldorf
Tel: 0211 / 828 949 0 Fax: 0211 / 828 949 29

E-Mail: azd@zwd.de
<http://www.zwd.de/azd>

Redaktion und Gestaltung:
Petra Jungen, Jürgen Lies



Namentlich gekennzeichnete Beiträge liegen nicht in der Verantwortung der Redaktion.

Erscheinungsweise: 4 mal jährlich
Preis: 20,- € incl. Porto/Verpackung/MwST
Bankverbindung: Stadtparkasse Düsseldorf,
IBAN: DE19 3005 0110 0014 0071 57,
BIC: DUSSDE33

Druck: Ordensgemeinschaft - Beschäftigungshilfe
Tel.: 0211 / 44 93 98 70

Das „Arbeitslosenzentrum Düsseldorf der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH“ wird gefördert vom Amt für Soziale Sicherung und Integration



Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds



Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen





28. Auflage Leitfaden Alg II/Sozialhilfe von A-Z

Rechtsstand: September 2015.

Die grundlegend überarbeitete Neuauflage des bekannten „Standardwerks für Arbeitslosengeld II-Empfänger“ ist erschienen. Der neue Leitfaden wird vom Autorenteam Frank Jäger und Harald Thomé vom Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles e.V. in Wuppertal herausgegeben.



Der Verein Tacheles hat das Ratgeberprojekt für Leistungsbeziehende, Berater/-innen und Mitarbeiter/-innen in sozialen Berufen 2008 von der AG TuWas (FH Frankfurt) übernommen. Der Leitfaden beruht auf vielen Jahren Beratungspraxis und Engagement in der Sozialen Bewegung. Er stellt zugleich mit den Regelungen des Arbeitslosengelds II auch die Regelungen der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung dar. Als einziger umfassender Ratgeber für das Existenzsicherungsrecht im SGB II und SGB XII ist er deswegen für Beratungszwecke besonders geeignet. Im ersten Teil werden in 90 Stichworten alle Leistungen ausführlich in übersichtlicher und bewährt verständlicher Form erläutert. Der zweite Teil behandelt in 34 Stichworten ausgiebig, wie man sich erfolgreich gegen die Behörde wehren kann. Der aktuelle Stand der Rechtsprechung und der Gesetzgebung ist eingearbeitet und kritisch kommentiert. Für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, deren Berater sowie Rechtsvertreter ist der Leitfaden ein fundierter Ratgeber – er soll zur rechtlichen Gegenwehr befähigen und ermutigen. Die Autoren wollen aber auch Mut machen, sich gegen Sozialabbau und Lohndumping zur Wehr zu setzen. Bestellungen ausschließlich über den DVS Verlag, alles Weitere hier:

<http://tacheles-sozialhilfe.de>

Empfehlenswert:

Ausländerrecht, Migrations- und Flüchtlingsrecht

Der Walhalla-Verlag hat die 10. Auflage einer Textausgabe veröffentlicht, die alle entscheidenden Vorschriften im Bereich des Ausländer-, Migrations- und Flüchtlingsrecht beinhaltet. Die Ausgabe umfasst über 900 Seiten und berücksichtigt u.a. schon die Änderungen durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz inklusive Durchführungsverordnung und das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung. Der Preis beträgt 16,95 EUR (ISBN: 978-3-8029-1896-4).

Aus dem gleichen Verlag gibt es eine aktualisierte Ausgabe von „Das neue Asylbewerberleistungsgesetz“. Es be-

rücksichtigt den Rechtsstand November 2015 und damit auch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz. Es richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialverwaltung, der Beratungsstellen und Schulungsanbieter und ist in 4 Bereiche unterteilt. Nach einem Überblick über die Neuerungen im Asyl- und Flüchtlingsrecht werden die Änderungen im AsylbLG synoptisch inklusive der Gesetzesbegründung gegenübergestellt. Diese Synopse macht den weitaus größten Teil der 180seitigen Ausgabe aus. Sie umfasst sämtliche Änderungen, die absatzgenau gegenübergestellt werden. Durch den Abdruck der Gesetzesbegründung zum jeweiligen Paragraphen, Hintergrundinformationen, Übersichten und redaktionellen Anmerkungen können Interessierte sich vertieft in die komplizierte Materie einarbeiten.



Ergänzt wird die Synopse durch eine Übersicht über die festgelegten Bedarfe zwischen 2011 und 2016, sowie ein Stichwortverzeichnis. Zum Preis von 19,95 EUR auf jeden Fall eine wertvolle Arbeitshilfe für alle im Asyl- und Flüchtlingsbereich Tätigen (ISBN: 978-3-8029-2023-3)



Wir wünschen Allen ein wundervolles
Weihnachtsfest und einen fröhlichen
Rutsch in ein gesundes und glückliches
Neues Jahr 2016



Die Redaktion im
ArbeitslosenZentrum Düsseldorf